Nr. 181 — Halle a. S., Dienstag den 6. August 1912 — 23. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.65 Mk. ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.
Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 388. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pfennig. Für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Anzeigen unterm Textstrich die Zeile 75 Pfennig.
Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Die Fleischteuerung in Sachsen.

Die empfindliche Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel in Deutschland, vor allem des Fleisches, hat sich leider nicht als eine „vorübergehende Erscheinung" erwiesen. Bei der Suche nach den Ursachen mußte man auch die Behauptung fallen lassen, es handle sich hier um internationale, schwer faßbare Einflüsse. Die Preisbewegung bei den deutschen Lebensmitteln unterscheidet sich z. B. ganz auffällig von den Erscheinungen in England und Dänemark. Namentlich dürfte ein Vergleich zwischen deutschen und englischen Verhältnissen sehr angebracht sein. Deutschland und England bilden in wirtschaftspolitischer Beziehung scharfe Gegensätze. Die Wirtschaftspolitik eines Landes ist in erster Linie entscheidend für die Preisbildung der Lebensmittel. Die englische Politik gewährt der englischen Landwirtschaft keinen besonderen „Schutz" durch Zölle oder andere Einfuhrerschwernisse bezw. Beschränkungen. In der folgenden Untersuchung handelt es sich nicht um die Frage, welches Land das „billigere" Fleisch bietet, sondern um das im gegenwärtigen Augenblick viel Wichtigere, die Preisbewegung, deren Vergleiche wissenschaftlich einwandfrei möglich sind, weil dabei weder Qualitäten, noch Gewichtserhebungen, noch die Berechnungsart, die verschieden gehandhabt wird, störend einwirken können. Nur an der Bewegung, der Veränderung, dem Steigen oder Fallen der Preise haben wir hier ein Interesse, und wir werden sehen, wie weit dies mit der jeweiligen einheimischen Wirtschaftspolitik im Zusammenhang steht.

Bei dem Vergleich zwischen den Londoner und den hiesigen Marktpreisen handelt es sich in London um die Preisangabe in Schilling pr. Cwt. (Centweight = 50,8 Kilogramm), bei uns um das Zentnergewicht im Kleinhandel in Mark, beiderseits um erste Qualitäten, Keule bezw. Rücken. Die Londoner Preise sind den Agricultural Statistics 1908 entnommen, die unsrigen der offiziellen Statistik. Die Fleischpreise stellten sich wie folgt:

	Magdeburg		Halle		London	
	Rindfl.	Schaffl.	Rindfl.	Schaffl.	Rindfl.	Schaffl.
1900	72,5	66,5	70,—	65,—	58,5	71,—
1908/09	100,—	90,—	89,—	88,—	60,7	71,3
1912	110,—	100,—	110,—	100,—	—	—

Bei der Beurteilung dieser Verhältnisse ist ein Umstand besonders beachtenswert: der Deutsche ist überwiegend Schweinefleischesser, der Engländer bevorzugt ganz entschieden das wertvollere Rind- und Hammelfleisch. Dieser Unterschied ist ganz enorm. Setzt man den deutschen Konsum von Schweinefleisch gleich 100, so ist der englische nur 22, und umgekehrt ist der deutsche Konsum an Rind- und Hammelfleisch gleich 100, so der englische gleich 200. Eine Verteuerung des Rind- und Schweinefleisches muß also in England eine viel schlimmere Bedeutung für die Volksernährung haben, wie in Deutschland. Nun sehen wir aber an der kleinen Tabelle für Magdeburg, Halle und London, daß in den angeführten acht Jahren die Rindfleischverteuerung in Magdeburg 38 Prozent, in Halle 27 Prozent, in London aber nur 3,8 Prozent betragen hat. Inzwischen ist der Magdeburger Preis sogar bis Juni 1912 um 52 Prozent, der Hallesche um 57 Prozent gestiegen. Beim Hammelfleisch war die Verteuerung in Magdeburg 50 Prozent, in Halle 35 Prozent, während der Londoner Preis in derselben Zeit keine Veränderung erfahren hat.

Diese fast unglaublichen Unterschiede werden aber noch verschlimmert durch die Preisbewegung bei dem deutschen Hauptnahrungsmittelfleisch, die das Gros der deutschen Bevölkerung trifft. Das Schweinefleisch stieg im Preise von 1900 bis 1912 in Magdeburg von 148 auf 200 Pfg., also um 35 Prozent, in Halle von 147 auf 220 Pfg., also um 50 Prozent. Das ist eine Verteuerung, die man in England als wahnwitzig ansehen würde, und die dort einfach unmöglich ist, weil sofort die ausländische Zufuhr einzutreten hat, wenn die einheimische Produktion nicht ausreicht. Dies selbstverständliche Wort Volkswirtschaft, das jedem Engländer wie überhaupt jedem denkenden Kaufmann geläufig ist, existiert für unsere regierenden Kreise nicht. Mit verschränkten Armen sieht man der unheimlichen deutschen Preisbildung zu und rührt sich nicht selbst bei den bittersten Klagen hin, denn es liegt System darin.

Die deutsche Wirtschaftspolitik macht es dem Deutschen unmöglich, sich billige Lebensmittel zu beschaffen; die englische Wirtschaftspolitik dagegen kennt nur ein Leitmotiv: Wie sichert man dem Volke zwecks Erhaltung seiner physischen Leistungsfähigkeit den wohlfeilsten Bezug seiner Existenzmittel? Bei uns eine ungeheuerliche und unverantwortliche Absperrungspolitik zum Vorteil der agrarischen Minderheit des Volkes, auf der englischen Seite eine Offenhaltung des Weltmarktes. Da sind fundamentale Unterschiede in der Staatsweisheit hüben und drüben, denen man auch mit dem beliebten Einwand nicht beikommen kann, daß es sich in England überwiegend um gekühlte und gefrorene Rind- und Hammelfleisch aus Argentinien und Neuseeland handele. Im Gegenteil: von 1900—1910 verteuerte sich das einheimische, das schottische und englische Rindfleisch um 4—7 Prozent, dagegen das lebend eingeführte amerikanische, in England geschlachtete um 14 Prozent, das amerikanische gekühlte um 7 Prozent, während das argentinische gekühlte sogar um 2 Prozent billiger wurde. Während sich z. B. in derselben Zeit in Berlin das Hammelfleisch um 16 Prozent verteuerte, wurde gerade das einheimische englische Hammelfleisch erster Güte um 6,97 Proz. billiger, das neuseeländische gekühlte um 9,89 Prozent, das argentinische gefrorene um 4,36 Prozent. Man sieht, wie sich der unter einer freien Konkurrenz stehende Londoner Markt von selber zweckentsprechend reguliert, während der deutsche Markt und sein Publikum unerbittlich den verderblichsten Preissteigerungen ausgeliefert sind.

Nicht umsonst haben seinerzeit die hochagrarischen Schöpfer des § 12 unseres Fleischbeschaugesetzes in diesen die Bestimmung hineingebracht, daß die inneren Organe nur im Zusammenhang mit dem Tierkörper eingeführt werden dürfen. Die Einfuhr gekühlten oder gefrorenen Fleisches erfordert aber gerade eine getrennte Einführung der einzelnen Fleischteile. Auf diese Weise ist jede größere Fleischzufuhr vom Ausland unmöglich gemacht. Trotzdem die einheimische Landwirtschaft den notwendigen Viehbedarf nicht liefern kann, im Gegenteil immer mehr hinter dem wachsenden Konsum zurückbleibt, weil unsere Zollpolitik zum Getreidebau drängt, wird der verderbliche § 12 doch aufrecht erhalten. Man sagt, aus Gründen der „tierärztlichen Kontrolle". Als ob es in England nicht dieselbe sanitäre Fürsorge für das Volk gäbe; und doch führt man dort nun schon seit Jahrzehnten ausländisches Fleisch in getrennten Stücken ein.

Zum Charakter des modernen Industriestaates — und das ist heute Deutschland unbestritten — gehört nicht der Getreidebau, dazu ist der heimische Boden und die heimische Arbeitskraft nicht billig genug. Zu ihm gehört die Viehzucht, die in Deutschland überwiegend in der Hand der kleinen Landwirte liegt und gerade darum bei einer Umwandlung der landwirtschaftlichen Wirtschaftsweise und einer verbilligten Einfuhr ausländischer Futtermittel eine ausgezeichnete Zukunft hat. Unser gegenwärtiges Zollsystem verneint aber diese für die Mehrheit unserer Landwirte so wichtigen Lebensfragen. Es verteuert ihnen die Aufzucht des Viehs, es verteuert den Boden, es verteuert dem Landwirt, wie dem Industriearbeiter und Beamten den notwendigsten Lebensunterhalt, und wird daher unmöglich noch lange aufrecht erhalten werden können, ohne weiteste Volkskreise bis ins Mark zu schädigen.

Die nächsten Zollkämpfe werden und müssen eine Schärfe annehmen, die man bisher bei uns noch nicht gekannt hat, und die kleinen Landwirte werden dabei mit Naturnotwendigkeit zu Bundesgenossen von Industrie, Handel und Städten werden, von denen sie ja leben und ausreichende Preise erwarten dürfen.

Die Nachernte des Streiks.

Die Wiederaufnahme der Arbeit im Londoner Hafen geht in täglich größerem Umfange, wenn auch keineswegs ruhig und glatt vonstatten. Nun, da auch die Lichtermänner zur Arbeit zurückgekehrt sind, kann man mit einiger Zuversicht hoffen, daß binnen wenigen Tagen die Docks ihr altes Gepräge zeigen und die meisten der Streikenden wieder beschäftigt sein werden. Aber in der Zwischenzeit spielen sich die empörendsten Szenen ab. Nachdem die Hafenarbeiter Monate lang Hunger gelitten, müssen sie, da sie geschlagen sind und wieder ins Joch kriechen wollen, sich von Polizisten die Köpfe blutig schlagen und von Streikbrechern mit Revolvern bearbeiten lassen. Kaum ein Tag vergeht ohne ernste Zusammenstöße; haufenweise müssen mehr oder weniger schwer verletzte Streikende ins Krankenhaus befördert werden, und abendrein werden viele von ihnen dann noch vor die Polizeigerichte geschleppt und auf die Aussagen von Polizisten und Streikbrechern hin zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Die zur Arbeit zurückkehrenden Streikenden sind Provokationen ausgesetzt, die zu ertragen wohl eine übermenschliche Geduld erforderte. Leute, die vielleicht durch jahrzehntelange Hingebung im Dienste der Reeder zu „regulären Arbeitern" oder „Vorzugstagelöhnern" „avanciert" waren, müssen sich jetzt nach Beendigung des Streiks mit dem Gesindel, aus dem sich die Streikbrecher mit wenigen Ausnahmen zusammensetzen, um die Möglichkeit der billigsten Gelegenheitsarbeit herumschlagen. Das Bewußtsein, in der Gunst der Unternehmer und der Polizei zu stehen, reizt die Streikbrecher zu Verhöhnungen und zu tätlichen Angriffen gegen die Streikenden. In allen Fällen, wo es zu Zusammenstößen kam, waren die Streikbrecher in der überwältigenden Mehrheit und sie waren überall mit Revolvern bewaffnet, die ihnen offenbar von den Unternehmern gegeben worden sind. Trotzdem haut die Polizei nur auf die Streikenden ein und nur sie werden vor die Gerichte geschleppt, während bisher kein einziger Fall vorgekommen ist, daß die Polizei gegen einen Streikbrecher das Verfahren eingeleitet hätte.

Im Unterhause erhob Ramsay Macdonald Protest gegen das Verhalten der Polizei und forderte die Einleitung einer Untersuchung. Er führte Fälle an, wo die Polizei in der empörendsten Weise und ohne jeden Grund Arbeiter angriff, die weiter nichts taten, als sich in der üblichen Weise und an den üblichen Stellen zum Angebot ihrer Arbeitskraft versammelten. Sie wurden ohne jede Warnung mit Knüppeln auseinandergetrieben, die Flüchtenden wurden in Läden und Häusern verfolgt und zur Polizeistation gezerrt. Es scheint, als ob die Polizei es darauf abgesehen hätte, den Arbeitern gewisse bisherige Anheuerungsstellen mit Gewalt wegzunehmen, um den Reedern einen Gefallen zu tun. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß der Minister des Innern seine liebe Polizei in Schutz nahm.

Es wird vielleicht ein neues Licht über diesen unglückseligen Streik und über die Entwicklungsstufe der Arbeiter, die an ihm teilgenommen haben, werfen, andererseits vielleicht aber auch die demoralisierende Wirkung der Niederlage zeigen, wenn wir einige Sätze aus einem offiziellen Dokument der Lichtermännergewerkschaft anführen. Der Streik war bekanntlich wenigstens formell ein Sympathiestreik der Docker zugunsten der Leichtermänner, die ein altes günstiges Privilegium zur Ausübung ihres Berufes besitzen. Die Reeder haben jetzt den Wert dieses Privilegiums für die Arbeiter kennen gelernt, und den Entschluß geäußert, ihm ein Ende zu machen. In der Versammlung, in der die Leichtermänner die Rückkehr zur Arbeit beschlossen, verlas der Präsident der Leichtermännerorganisation Gosling einen Aufruf an die Mitglieder, worin es u. a. heißt:

„Weil wir gestreikt haben, hat man unsere Königstreue in Frage gestellt. Wir vergessen nicht, daß wir eine Verbindung sind, die seit den Zeiten Heinrichs VIII. besteht. . . . Unsere Mitglieder waren damals treue Untertanen des Herrschers, ebenso wie wir heute treue Untertanen seiner Majestät des Königs sind. Wenige Leute im Publikum vergegenwärtigen sich, daß wir als Freimänner der Zunft der Wasserleute, seiner Majestät den Treueid leisten. Als treue Untertanen fühlen wir, daß, obschon es zuweilen in unserem eigenen Interesse nötig ist, zum Streik unsere Zuflucht zu nehmen, tun wir das sehr gegen unseren Willen und weil dies der einzige Weg ist, unsere Beschwerden beizulegen. Wir fühlen, daß in dem Augenblicke, wo wir die Gelegenheit haben, wieder friedliche Beziehungen zu unseren Arbeitgebern aufzunehmen, diese Gelegenheit ergriffen werden muß, um den Lauf der guten Regierung in diesem Lande so glatt wie möglich zu machen, aber auch damit wir alles tun, was in unseren Kräften liegt, um die Bürde der Regierung zu erleichtern, die auf den Schultern seiner Majestät lastet, durch dessen Gunst unser Beruf seine einzigartige Stellung genießt, und wir hoffen sehr, daß seine Majestät uns in naher Zukunft eine Gelegenheit geben wird, unsere persönliche Loyalität zu ihm in diesem Teile Londons zu beweisen."

Den nachkommenden Geschlechtern zur Kenntnis, daß die Leichtermänner Londons im Jahre 1912 den grimmigsten Kampf zwischen Kapital und Arbeit mit diesem Dokument abgeschlossen haben! Der Zweck dieses beschämenden albernen byzantinischen Geschwätzes ist natürlich, „seine Majestät" zu veranlassen, den Leichtermännern das Zunftprivilegium zu retten, das sie aus eigener Kraft vielleicht nicht mehr behaupten können. Aber in welche Abgründe zünftlerischer Zurückgebliebenheit und Unwissenheit leuchtet das hinein. Unterdessen sich die vor Hunger entkräfteten und abgezehrten Docker, die den „Freimännern der Zunft der Wassermänner" freiwillig und freudig die Kastanien aus dem Feuer holen wollten, um vielleicht sechs Pence die Stunde verdienen zu können, die Köpfe blutig schlagen und die Glieder lahm schießen lassen müßten. Die Solidaritätsbezeugung der Arbeiterpleb's für die Arbeiteraristokratie ist sehr schön, man möchte es aber doch lieber umgekehrt sehen.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 5. August 1912.

Verdiente Abfuhr.

Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß in Essen hat sich Professor Wagner für die Verstaatlichung oder Verstadtlichung großer Industriezweige ausgesprochen, und dies als den einzig möglichen Weg zur Vermeidung höherer Steuern bezeichnet. Er soll bei dieser Gelegenheit betont haben, daß dies viel besser sei, als wenn müßige Aktionäre diese Summen in die Tasche stecken. Der Generalsekretär Steller meint, solche Auslassungen müßten aufreizend oder mindestens irreführend wirken. Zum abschreckenden Beispiel führt er dann die Verstadtlichung der Kölner Straßenbahn an, nachdem er vorher den Grundsatz aufstellt: Bei öffentlichen Betrieben kommen die Angestellten und namentlich die Arbeiter mit stets größeren Ansprüchen an die Verwaltung, die ihnen in höherem Maße entgegenkommen muß, als wie der Privateigentümer dies tun müßte. Die städtische Verwaltung in Köln hat die Löhne der Angestellten und Arbeiter erhöht, und entrüstet ruft Herr Steller aus: Das schönste bei dieser Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne ist, daß die Arbeiter noch viel mehr verlangt haben, als ihnen zugestanden wurde. — Er wirft der Stadtverwaltung in Köln vor, daß sie für das Straßenbahnpersonal Wohnungen gebaut, eine Kohlenkasse und eine Pensionszuschußkasse errichtet, und habe neben der Gehaltserhöhung eine Verkürzung der Arbeitszeit gewährt. Er versucht dann den Nachweis zu liefern, daß die Rentabilität der Kölner Straßenbahn unter diesen Aufwendungen erheblich leide. Herr Steller bestreitet wieder, daß die Aktionäre müßige Leute seien. Er ruft pathetisch:

„Ja, ist denn das nicht sehr viel, daß jemand sein Geld an ein wirtschaftliches Unternehmen wagt, das ohne Kapital überhaupt nicht betrieben werden kann? . . . Den Aktionär deshalb als Drohne zu bezeichnen oder zu betrachten, weil er nicht seine persönlichen Kräften in den Dienst des Unternehmens stellt, ist geradezu abgeschmackt. Was sollten denn beispielsweise die Tausende von Aktionären der Gelsenkirchner oder Harpener Bergbaugesellschaft tun, um im Sinne des großen Wirtschaftslehrers nicht müßig zu sein?"

Er wendet sich dann gegen den Professor Brentano in München wegen dessen Anschauung von der Notwendigkeit der Zwangsgewerkschaften für gewerbliche Arbeiter. Was die Professoren Wagner und Brentano jetzt verlangt haben, sind für den großen Volkswirtschaftler lediglich Ausgeburten der Phantasie.

Die Antwort auf den Herzenserguß des Angestellten der Scharfmacher findet sich in demselben Heft der preußischen Jahrbücher, sie wird erteilt von H. Herkner. Aus dem stenographischen Bericht über die Essner Verhandlungen geht hervor, daß die Aeußerungen, über die sich der Generalsekretär Steller besonders entrüstet, überhaupt nicht gefallen seien. Steller habe von den wichtigen Forschungen auf dem Gebiete der Verstaatlichung keine Ahnung. Andernfalls müßte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120806-15/fragment/page=0001

man ihm den Vorwurf der schweren Verleumdung machen. Aus dem Statistischen Jahrbuch deutscher Städte sei zu entnehmen, daß die Kölner Straßenbahn in bezug auf Rentabilität mit 11,28 Prozent mit an der Spitze der städtischen Straßenbahnen stehe und nur von Frankfurt, München und Potsdam übertroffen werde. Aehnlich günstig stehe es mit den anderen kommunalen Betrieben in Köln. Die Aeußerung des Professors Brentano über die Zwangsgewerkschaften liege volle sieben Jahre zurück, und das was Brentano anstrebte, sei in nicht viel anderer Form in dem Entwurf der Regierung zu dem Arbeitskammergesetz in die Erscheinung getreten.

Schärfer ist wohl niemals ein Sachwalter des Unternehmertums abgeführt worden, als wie es hier dem Generalsekretär Paul Steller passiert ist. Vielleicht wollte er seinen Auftraggebern den Nachweis seiner hervorragenden Befähigung liefern, und man kann ihm den Schmerz nachfühlen, darüber, daß er mit seinem ersten Versuch einen so gründlichen Reinfall erlebte.

Auf Jahre hinaus — nichts!

Veranlaßt durch die fortgesetzt steigende Verteuerung des Lebensunterhalts haben einzelne preußische Beamten-Kategorien eine Erhöhung ihrer Bezüge angestrebt. Weil einige linksliberale Organe die Wünsche der Beamten unterstützt haben, ergeht nun halbamtlich eine Ermahnung an die Beamten, ersteens, Forderungen nicht zu stellen, und zweitens, den linksliberalen Parteien nicht ins Garn zu gehen. Das Vorgehen linksliberaler Organe wird direkt als „durchaus frivol" bezeichnet. Die Regierung stützt sich auf die Besoldungsordnung von 1909 und behauptet, damals habe das Abgeordnetenhaus und Herrenhaus ein festes Uebereinkommen dahin getroffen, daß nun auf einige Jahre hinaus keinerlei Aenderung in der Besoldung der Beamten mehr eintreten solle. Eine Ausnahme wurde gemacht mit den Eisenbahnassistenten, deren Bezüge im vorigen Jahre neu geregelt worden sind. Diese Ausnahme sei eine Bestätigung der Regel, daß an der Besoldungsordnung auf Jahre hinaus nichts mehr geändert werden dürfe. Der Minister der öffentlichen Arbeiten habe daher, indem er solche Anträge ablehnte, sich nur streng an den Rahmen des von den gesetzgebenden Faktoren vereinbarten Verhaltens gegenüber solchen Anträgen gehalten. Die Ratschläge der Linksliberalen werden dann als völlig wertlos bezeichnet und den Beamten der Rat erteilt, daß sie dem Minister das Vertrauen entgegenbringen dürfen, daß er, wo immer ein Bedürfnis zur Besserstellung und die Möglichkeit der Durchführung vorliegt, stets die Initiative im Interesse der Beamten ergreifen wird.

Wie dem Minister die Interessen der Beamten und Angestellten am Herzen liegen, ergibt sich am besten daraus, daß die Tätigkeit der ihm unterstellten Eisenbahndirektionen immer mehr darauf hinausläuft, die Vereinigungsfreiheit der Beamten und Angestellten zu schmälern. Neuestens geht man sogar soweit, daß man eine Kontrolle über die Haltung der im Privatbesitz befindlichen Beamtenzeitungen zu erreichen sucht. Namentlich die Eisenbahndirektion Essen entfaltet auf diesem Gebiete eine sehr umfassende Tätigkeit. Sie kann das nur deshalb, weil sie weiß, daß der Minister ihr Vorgehen billigt. Diese Tatsachen sind sehr geeignet, die Beamten mit gebührendem Vertrauen zum Minister zu erfüllen.

Vordrill.

Vor einigen Wochen erließ der Northhäuser Kreiskriegerverband einen Ukas, in dem die Mitglieder der Kriegervereine aufgefordert wurden, „ehrlich zu sein" und im Falle sie der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl materielle oder ideelle Hilfe hätten zuteil werden lassen, ihre Mitgliedschaft aufzugeben. Bei den besonderen Verhältnissen im Kreise, die den Terrorismus der Kriegervereinler ganz besonders erleichtern und ermöglichen, werden natürlich nicht viele Mitglieder dieser Aufforderung nachgekommen sein. Das wäre in den meisten Fällen gleichbedeutend mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Selbstmord.

Die „unpolitischen" Kriegervereine scheinen sich aber ganz besonders berufen zu halten, den „nationalen" Parteien, d. h. den rechtsstehenden, in der Köderung nicht nur der jetzt schon Wahlberechtigten, sondern auch der zukünftigen Wähler zu helfen. Das glauben sie am besten vollbringen zu können, wenn sie schon den jungen, noch nicht zum Militär eingezogenen Rekruten einzufangen suchen. So versendet der Militärverein Nordhausen an alle Rekruten folgendes Schreiben:

„Der Tag, an welchem Ihre aktive Militärzeit beginnt, rückt immer näher und damit ein Wendepunkt in Ihrem Leben, welcher Sie in eine, Ihnen ganz neue Umgebung mit unbekannten Gebräuchen und ungewohnte Anforderungen stellt.

Die Kriegervereine, welche bis jetzt nur den Militärentlassenen ihre Aufmerksamkeit schenkten, haben sich nun insofern ein neues Ziel gesteckt, als dieselben auch den Rekruten ihre Fürsorge angedeihen lassen wollen. Ist Ihnen also daran gelegen, sich schon jetzt über Ihre bevorstehende militärische Dienstzeit Aufklärung und gute Ratschläge zu verschaffen, was wir Ihnen zu Ihrem eigenen Wohle nur empfehlen können, da Sie sich dann erheblich schneller und leichter in der ungewohnten Umgebung zurecht finden, so besuchen Sie die Versammlung des Vereins „Kameraden der Infanterie", welche am 2. August d. J. und jeden ersten Freitag im Monat in dem Etablissement Zur Hoffnung stattfindet. Ueber die Teilnahme an den zu veranstaltenden Vorträgen wird Ihnen eine Bescheinigung ausgestellt, welche beim Eintritte zum Militär abgegeben werden kann und eine gute Empfehlung darstellt. Sie sind uns stets willkommen!

Mit kameradschaftlichem Gruß
Der Vorstand. J. A.: Rühle, Schriftführer."

Begeistert sind nur wenige der Rekruten über den „Wendepunkt" in ihrem Leben. Weder Rekruten- noch Reservistenfürsorge hält das Wachstum der Sozialdemokratie auf!

Deutsches Reich.

— **Arbeitslosenversicherung in Stuttgart.** Die bürgerlichen Kollegien Stuttgarts haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am Donnerstag, den 1. August, einstimmig beschlossen, die gemeindliche Arbeitslosenversicherung ab 1. Oktober d. J. einzuführen. Den Mitgliedern jener Berufsvereine, die Arbeitslosenunterstützung gewähren, wird ein Zuschuß von 50 Prozent der Arbeitslosenunterstützung des Berufsvereins, im Höchstfall eine Mark täglich, aus der Stadtkasse gewährt. Der städtische Zuschuß erhöht sich für jedes Kind unter 15 Jahren um 5 Proz. der Arbeitslosenunterstützung des Berufsvereins, höchstens jedoch um 25 Prozent. Die Berufsvereine zahlen ihren arbeitslosen Mitgliedern den Betrag des städtischen Zuschusses vorschußweise aus; die Berufsvereine rechnen in der ersten Hälfte des Monats mit der Stadtkasse ab. — Arbeiter und Angestellte, die einem derartigen Berufsvereine nicht angehören, können sich vom städtischen Arbeitsamt ein Arbeitersparbuch ausstellen lassen. Die Einlagen auf das Sparbuch werden zu den jeweiligen Sätzen der städtischen Sparkasse verzinst; sie dürfen einschließlich der abgelaufenen Zinsen den Betrag von 100 Mark nicht übersteigen. Wenn der Sparer nach eingetretener Arbeitslosigkeit von seinem zu dieser Zeit vorhandenen Sparguthaben Abhebungen macht, so gewährt ihm die Stadt einen Zuschuß von 50 Prozent der täglichen Abhebung, höchstens jedoch eine Mark pro Tag. Der städtische Zuschuß erhöht sich für jedes Kind unter 15 Jahren um 5 Prozent, höchstens jedoch um 25 Prozent der täglichen Abhebung. — Sparvereinigungen können unter ähnlichen Voraussetzungen wie die Berufsvereine Zuschüsse für ihre arbeitslosen Mitglieder erlangen. — Der Zuschuß endigt, sobald dem Arbeitslosen solche Arbeit nachgewiesen wird, welche das Arbeitsamt nach dessen Vorbildung, Beruf und körperlichen Verhältnissen als angemessen ansieht. Als angemessen gilt für gelernte Arbeiter in der Regel nur Arbeit im Beruf. Nicht angemessen ist Arbeit unter dem (im Gewerbe) ortsüblichen Lohn und solche Arbeit, welche durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden ist. Auswärtige Arbeit muß von Ledigen immer, von Verheirateten nur dann angenommen werden, wenn das Wohnen bei der Familie in Stuttgart dadurch nicht beeinträchtigt wird. In allen Streitfällen entscheidet endgültig ein Schiedsgericht, bestehend aus dem jeweiligen Referenten für die Arbeitslosenunterstützung als Vorsitzenden und je einem vom Gemeinderat aus der Kommission für das Arbeitsamt auf drei Jahre zu wählenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

— **Ein Prinzen-Aufruf.** Die Allgemeine Automobilzeitung veröffentlicht einen Aufruf des Prinzen Heinrich, in dem er den Automobilbesitzern empfiehlt, statt Benzin nur noch Benzol zu benützen. Der in seiner Art ganz gewiß sehr originelle Aufruf schließt:

„Der deutsche Automobilismus ist bisher vollständig vom Import abhängig — dies bedeutet eine große nationale Gefahr für den Kriegsfall! Jeder Automobilbesitzer sollte, abgesehen von der pekuniären Erleichterung, mit dazu beitragen, daß das Inlandprodukt Benzol, von deutschen Arbeitern und deutschen Ingenieuren aus deutscher Kohle hergestellt, eine größere Verwendung findet, damit im Notfalle die Benzol-Industrie Deutschland versorgen kann. Durch private Verhandlungen hat sich die Zentrale der deutschen Benzolherstellung, die Deutsche Benzolvereinigung in Bochum, in anerkennenswerter nationaler Gesinnung bereit erklärt, daß sie auch bei stark steigendem Verbrauch, der das bisher als Nebenprodukt gewonnene Benzol verteuert, in absehbarer Zeit keine Preissteigerung vornehmen wird."

Anscheinend hat ein gerissener Vertreter der Benzol-Interessenten es verstanden, den Prinzen für eine großzügige Reklame einzufangen, indem man ihm eine „nationale Gefahr" vorspiegelte. Der Prinz glaubt eine anerkennenswerte nationale Gesinnung darin erblicken zu wollen, daß die Benzolvereinigung in Bochum versprochen hat, in absehbarer Zeit keine Preissteigerung vorzunehmen. Mit nationaler Gesinnung hat das absolut nichts zu tun. Der Benzolvereinigung liegt zunächst daran, den Absatz ihres Produktes zu heben. Ist das geschehen, dann folgt die Preissteigerung ganz von selbst. Viele Aktionäre werden recht bald in der Lage sein, den Gewinn aus dieser einzig dastehenden, unbewußten Reklame, in Form gesteigerter Dividenden einheimsen zu können.

— **Narreteien.** Die Alldeutschen halten in den Tagen vom 6. bis 9. September ihren Verbandstag in Erfurt ab. Die Einladung ist datiert:

Erfurt, am 1. Juli, **dem Tage von Agadir, 1912.**

An den beiden ersten Tagen sind Vorstands- und Ausschußsitzungen, denen sich am Sonnabend ein Deutscher Abend anschließt. Nach Aufführung des Theaterstückes: Schnozelborn sind Deutsche Sprüche vorgesehen. Sprüche-Macher sind u. a. General Keim, der Post-Verleger Pohl-Berlin und Reichsverbandsführer v. Liebert. Die Sprüche beziehen sich auf Kaiser und Reich, Heer und Flotte, das Auslandsdeutschtum und „andere Deutsche Belange". Was das für „Belange" sind, wird nicht gesagt, aber vielleicht entschließt man sich, als Tagungsort für künftige Verbandsversammlungen Köln zu bestimmen und als Zeit die erste Hälfte des Monats Februar festzusetzen.

— **Komödienspiel.** Auf der bevorstehenden Bischofskonferenz wird man sich auch mit der Frage des Streiks im Zentrum beschäftigen. Die Mehrheit der Bischöfe steht, wie die Kölner Korrespondenz wissen will, auf der Seite der Unentwegten, aber, sagt sie weiter:

„Hier, auf prinzipiellem Gebiete, liegt überhaupt nicht die größere Schwierigkeit der Fuldaer Verhandlungen. Die Hauptschwierigkeit ist vielmehr die: wie kann man den Köln-Gladbachern taktisch beikommen, ohne daß ein Eklat entstehe? Man hat es nämlich mit Elementen zu tun, die auch den kirchlichen Autoritäten die Zähne zeigen und in der Lage sind, den Bischöfen zuzurufen: „Bis hierher und nicht weiter!" Da gilt es, dem Feinde goldene Brücken bauen, über die er sich langsam und scheinbar in allen Ehren zurückziehen kann. Die Bischöfe werden sagen, was Noeren sagt, und Herr Bachem wird sagen, das habe er immer gesagt."

Solches Komödienspiel ist sehr beliebt.

Kleines Feuilleton.

Konstruktionsfehler.

Das Unglück von Binz gibt Veranlassung, die Anlage und Konstruktion der Seesteige und Landungsbrücken einmal etwas näher ins Auge zu fassen. Geradezu erstaunlich leichtfertig erscheinen dem Fachmann oft die Konstruktionen dieser Landungsstege, und man muß sich nur wundern, daß man so selten von einem Zusammenbruch hört. Wir sagen ausdrücklich „hört", denn solche Beschädigungen und Einstürze erfolgen in der Tat häufiger, und zwar besonders im Winter bei Eistreiben, wo jedoch wegen Mangels an Fremdenbesuch derartige Unfälle ohne Verluste von Menschenleben vorübergehen.

Zweifellos würden solche Zerstörungen von Landungsstegen, die sich natürlich ebenso gut im Sommer bei hohem Seegang auch ohne Anrammung durch Schiffe oder Treibeis ereignen können, weniger häufig vorkommen, wenn die Konstruktion mehr den Regeln der Technik entspräche. Fast durchweg vermißt man an diesen Landungsstegen den unverschiebbaren Dreiecksverband zwischen den tragenden Pfählen, wie er leicht durch sogenannte Andreaskreuze zwischen zwei benachbarten Pfählen herzustellen wäre. Die Stege werden bisher in den kleineren Badeorten meist in der Weise hergestellt, daß mit Handrammen von den Bewohnern der Orte eine in der Breite des Steges parallel laufende Reihe von Pfählen gerammt und darüber einfach die tragenden Balken und Bohlen gelegt und vernagelt werden. Natürlich ist es kein Wunder, daß solche Stege infolge der geringen Rammtiefe sowie des Fehlens jeder Querverbindung zwischen den Pfählen häufig weggespült und infolgedessen erneuert werden müssen.

Gerade in den stark besuchten Seebädern, wo die Landungsstege vielfach zu Promenaden, zu Beobachtungen des Sonnenuntergangs und des Spiels der Wellen bei Sturm und starkem Seegang benutzt werden, sollte man einer soliden und sachgemäßen Konstruktion der Stege — dies soll sich hier keineswegs auf Binz allein beziehen — die größte Aufmerksamkeit widmen. Aufgabe der Badeverwaltungen ist dies schon deshalb, weil ihr aus den Kurtaxen recht erhebliche Summen zufließen und sie durch Erhebung dieser Taxen laut reichsgerichtlicher Entscheidung verpflichtet sind, für die Sicherheit der Badegäste die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Besonders sollten aber auch die Behörden darauf achten, daß durch alljährliche regelmäßige Revisionen der Landungsstege deren Standfestigkeit nachgeprüft und strenge Maßnahmen zur gründlichen Abstellung vorhandener Defekte ergriffen werden.

Die Vergiftung der Pflanzen durch die Großstadtluft.

Die Ausdünstungen der Großstadtluft, die einmal in großen Staubmassen verschiedener Art, worunter der Kohlenruß eine große Rolle spielt, und ferner mancherlei Gasen bestehen, sind nicht nur für die menschliche Gesundheit schädlich, sondern auch für die Pflanzenwelt. In Ortschaften, die durch eine besonders lebhafte Fabriktätigkeit ausgezeichnet sind, schwemmt der Regen ziemlich beträchtliche Mengen von mineralischen Salzen und derigen Stoffen herab, unter denen sich auch Säuren in verhältnismäßig großen Mengen zeigen. Der Regen in Städten, wo wenig Fabriken sind, ist viel reiner, aber doch noch längst nicht so frei von derartigen Beimischungen, wie der Regen auf dem Lande. In diesen Unterschieden prägt sich deutlich die Beschaffenheit der Luft aus, da sie vom Regen gleichsam gewaschen wird. In einer wissenschaftlichen Vereinigung für Landwirtschaft in England sind jetzt neue Untersuchungen beschrieben worden, die sich auf die Behinderung des Pflanzenwuchses durch die Verunreinigung der Großstadtluft beziehen. Die Studien bestanden teils in Versuchen mit der Zucht von Pflanzen in Töpfen, teils in Beobachtungen in Gärten und Parks. Es stellte sich heraus, daß die Wirkungen der Luftverunreinigungen von mannigfacher Art sind. Vor allem werden die Poren der Pflanzen dadurch verstopft, namentlich wenn sie in Vertiefungen liegen, wie bei den Koniferen. Außerdem leidet aber auch die Zusammensetzung des Bodens. Die Folgen können verschieden sein und bis zum völligen Absterben der Gewächse gehen. Auch die überlebenden werden zum mindesten schwer geschädigt, wenn die Verunreinigung der Luft einen erheblichen Grad erreicht. Besonders bemerkenswert ist noch die Ermittlung, daß der durch die Luft verunreinigte Regen sowohl den Ertrag wie den Eiweißgehalt des Grases herabsetzt, dagegen seinen Fasergehalt vermehrt, so daß sein Wert als Futter sehr vermindert wird.

Von „modernen" Ehen.

Ein Mitarbeiter plaudert im Bayerischen Vaterland: „Ein Mädchen von heute hat folgende Eigenschaften aufzuweisen: Sie muß sich im Salon bewegen, schick kleiden können und den Flirt aus dem „ff" verstehen. Darin sind sie ja auch Meisterinnen, denn nicht umsonst haben sämtliche an der höheren Töchterschule engagierten Grazien und Musen das „.....oon ihrer Gaben eimerweise über sie ausgegossen. Ich möchte nur wissen, was ich mit einer solchen Frau eigentlich hätte anfangen sollen? Das bißchen „Französisch", das sie mir als Mitgift in die Ehe gebracht, klaube ich mir auch heute noch aus den Resten meiner Pennäler-Wissenschaft selbst zusammen. Aufs Klavierspielen verzichte ich ebenfalls. Was bleibt aber dann noch übrig? Nichts, nur eine Schachtel falscher Haare und ein Gummiforsett. Wie der Kater Hidigeigei könnte man fragen, warum heiraten sich die Menschen? Um zusammen glücklich zu werden! Erfüllt die Ehe diesen ihren ersten vornehmsten Zweck, ist alles übrige „Quatsch". Gerade der gebildete Mann ist da in einer schwierigen Lage. Er ist unfähig, seine Bedürfnisse zu befriedigen, und gerade die kleinsten und nebensächlichsten, die tagtäglichen bilden für ihn eine Reihe fortgesetzter Verstimmungen. Und alle die vielen, vielen Kleinigkeiten, die einzig und allein durch Frauenhand besorgt werden können, die aber absolut zum Leben gehören, wer soll sie tun? Eine moderne Frau tut sie nicht! Und darum ging ich hin und heiratete „unter meinem Stande". — Aber, ich täte es wieder! So lange aber das moderne Erziehungssystem die Mädchen in Grund und Boden verdirbt, wird jedes Dienstmädchen bessere Aussichten zur Ehe haben als eine höhere Tochter. Die Männer werden sich hüten, sich ihre Frauen in jenem langweiligen, viereckigen und oft sehr fragwürdigen Lokal zu suchen, das man „Salon" zu nennen beliebt. Es ist auch oft gar kein Wunder, wenn selbst ganz tapfere Leute dort in Verlegenheit geraten. Man weiß ja gar nicht mehr, wie man daran ist, und mit wem man eigentlich dort die Ehre hat. Das erstemal war die Dame schwarz wie eine Creolin, fast dunkelblau umrankten die Locken die Stirn, und wären einige Schlangen anwesend gewesen, wäre eine Kopie der Stuckschen Sünde fertig vor uns gestanden. Das nächstemal war sie blond wie Evchen in den Meistersingern, das Bild der Unschuld, und das drittemal fielen lange goldrote Flechten herab über den Nacken und gaben der Erscheinung etwas Undinenhaftes. Da fingen mir die Knie zu schnackeln, die Hände zu schlänkern an und auf der Flucht blieb ich am Stuhle hängen. Ich bin von Jugend auf eben nur einfarbige Weiber gewöhnt, Weiber, die nicht abfarbeln! Man kann doch kein Chamäleon heiraten? . . . Ein braver Mann muß mit einer braven Frau glücklich werden. Wird er von Skrupeln geplagt, ob das Mädchen auch „ebenbürtig" ist, so ist er kein braver Mann, sondern ein furchtbarer Esel, und den kann man wahrlich ruhig laufen lassen, denn es ist kein Mangel an solchen im großen Tiergarten Gottes."

Vater Rhein.

Ein vielgesungenes Studentenlied — Dort wo der Rhein, schreibt man der Frkf. Ztg., mit seinen kühlen Wellen — re im Refrain jeder Strophe den Vater Rhein an. Aehnlich ewigen allerlei berufene und unberufene Poeten den deutsch Lieblingsstrom als „Vater", als „König" u. a. (recht hübsch S. Otto Roquette in einem besonderen Abschnitt seines allbekannten Rhein-, Wein- und Wandermärchens Waldmeisters Brautfahrt), und dieser Personifizierung als deutlichem Beweis vererbter herzlicher Zuneigung tritt die Volksüberlieferung seit langer Zeit bei. Man wird jetzt einigermaßen erstaunt sein, die Auffassung unseres Nationalstromes als überirdische Persönlichkeit in keltischer Mythologie wurzeln zu sehen. Am Schlusse der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins von Altertumsfreunden im Rheinland, die am 25. Juli in Bonn stattfand, hielt Museumsdirektor Prof. Lehner einen Vortrag mit Lichtbildern über den Rhein als keltischen Gott. Er führte aus, wie bei den Kelten, ähnlich wie bei den alten Griechen der Flußgott die Gestalt eines Stieres hatte. Dazu zeige er die Abbildung eines Steindenkmals, das im vorigen Winter in Bonn gefunden wurde und das er als Personifikation des Rheinstroms erklärt. Ein großer Kalksteinblock zeigt hier in stark hervortretendem Relief ein mächtiges gehörntes Haupt, mit breitem Gesicht, geöffnetem Mund und lockigem Kopf- und Barthaar. Daher, daß der Rhein vor rund zwei Jahrtausenden nicht bloß Segenspender gewesen sei, sondern die Bewohner seiner Ufer auch oft mit Verderben bedrohte wie der wildgewordene Stier, rühre der furchtbare Gesichtsausdruck auf jenem Relief. Die hier erwiesene Gleichheit der Kopfgott-Darstellung bei Altgriechen und Kelten nimmt Lehner als Beweis der bezüglichen schon 20 Jahre alten Vermutung des bisherigen Präsidenten des Vereins von Altertumsfreunden im Rheinland, Geheimrats Loeschke, daß neben römischer Kultur hellenische Einflüsse auf die einheimischen keltischen Anschauungen in jenen Gebieten eingewirkt hätten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120806-15/fragment/page=0002

— **Bettelpfennige für die Kriegsveteranen.** Man schreibt der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung: „Auf Grund der letzten Reichstagsverhandlungen und der Bestrebungen, durch Bildung neuer Vereine das Los unserer Kriegsveteranen und deren Hinterbliebenen zu verbessern, gewinnt es den Anschein, als ob die bereits seit langen Jahren zu diesem Zweck geschaffenen Stiftungen in Vergessenheit geraten sind. Es dürfte daher angezeigt erscheinen, daran zu erinnern, daß außer den von dem Königlichen Kriegsministerium verwalteten Fonds für die Krieger von 1848-50 und von 1864 für die Veteranen und deren Hinterbliebene von 1866 durch die Viktoria-Nationalinvalidenstiftung und für die von 1870-71 durch die Kaiser-Wilhelms-Stiftung für deutsche Invaliden seit vielen Jahren Unterstützungen gespendet werden . . .

Sämtliche Verwaltungsbehörden werden von der Tätigkeit dieser Stiftungen fortlaufend unterrichtet. Es kann jeder hilfsbedürftige Veteran durch diese Auskunft erhalten, wohin er sich zu wenden hat, um seine Lage zu verbessern."

Für ein Reich, das viele Hunderte von Millionen für Kriegsrüstungen ausgibt, stände es eher an, den Kriegsveteranen eine ausnömmliche Unterstützung zu präsentieren, als diese Veteranen durch das Regierungsblatt auf die Stellen aufmerksam zu machen, wo sie im günstigsten Falle einige Bettelpfennige erhalten können.

Die französisch-russische Pumpwirtschaft.

Die neue französisch-russische Marineübereinkunft wird wohl noch in der deutschen imperialistischen Presse als Hetzmittel dienen, es ist also angezeigt, im vornehinein, die Hohlheit der ganzen Geschichte den Arbeitermassen aufzudecken.

Das französisch-russische Bündnis entsprang auf beiden Seiten politischen wie ökonomischen Quellen. Frankreich wie Rußland waren nach der Gründung des Deutschen Reiches auf gegenseitige Anlehnung angewiesen. Wenn französische Chauvinisten an das Bündnis Hoffnungen knüpften, daß eines Tages das gute Väterchen die Kosaken nach Berlin schicken werde, damit sie den Franzosen Elsaß-Lothringen zurückbringen, so waren es Phantasen; die französische Regierung konnte nicht glauben, daß Rußland wegen der französischen Schmerzen dadurch dergessen werde, daß weder der Zarismus von Deutschland, noch Deutschland was vom Zarismus zu erobern hat. Das offizielle Frankreich sah in dem Bündnis in erster Linie eine diplomatische und militärische Mahnung unter der Adresse der deutschen Sieger, denen man in Frankreich weitere Expansionspläne nachsagte. Rußland wieder wollte den deutschen Freund erinnern, daß es ihm unangenehm werden könnte, wenn er die österreichischen Balkanpläne unterstützen würde. Um die französische Freundschaft Rußland besonders begehrenswert zu machen, hat schon Gambetta in Petersburg zu verstehen gegeben, daß, falls ein Bündnis geschlossen würde, die französische Börse zu Diensten Rußlands stehe. Dieser Freundschaftsbeweis bekam für Rußland eine besondere Bedeutung, als es in den achtziger Jahren angesichts der Umwälzungen im Militarismus und angesichts des Beschlusses, einen scharfen Kurs in Ostasien zu beginnen, sehr viel Geld brauchte. Im Jahre 1891 wurde der Bau der sibirischen Bahn begonnen und das französisch-russische Bündnis geschlossen.

Seine politischen Folgen waren nicht welterschütternd. Es blieb begrenzt auf ein europäisches Schutzbündnis in der Zeit, wo die Zentren der Politik sich in die ferne Welt verschoben haben. Darum hat es weder Frankreich in seinen afrikanischen Kämpfen gegen England, noch Rußland in seinem diplomatischen Ringen mit England um den Einfluß in Asien, noch im Kriege mit Japan geholfen.

Trotzdem war bis zum russisch-japanischen Krieg der Zarismus wie das kapitalistische Frankreich mit dem Bündnis zufrieden. Wenn es auch Frankreich Elsaß und Lothringen nicht zurückgab — man schreibt von der „alten Würde" mehr, als man sie schließlich fühlt — so brachte es doch den französischen Rentner gute Zinsen ein. In Väterchens Taschen aber klimperten die französischen Louisdors ein Loblied auf die Republik. Etwas wurde die Freude getrübt, als dank den russischen Niederlagen in der Mandschurei und dank der Revolution das französische Kleinbürgertum einen sehr heilen Schreck bekamen, wegen der 13 Milliarden, die es dem guten Freund vorgeschossen hat. Aber es gab kein Zurück. Zitternd borgte es weiter: für die Galgen, für die Strafexpeditionen gegen Arbeiter und Bauer floß das französische Geld in den Jahren der Revolution und Konterrevolution und heute beträgt die Schuld schon 18 Milliarden. Das französisch-russische Bündnis war für beide Seiten ein gutes Geschäft.

Als politisches Bündnis litt es daran, daß keiner der Kontrahenten dem anderen die Kastanien aus dem Feuer holen will, wo die Sache brenzlich oder das Geschäft bedroht wird. Als im Jahre 1908 Rußland durch die Einmischung in die serbisch-österreichische Krise die Ruhe im nahen Orient bedrohte, wo Frankreich auch viele Milliarden hat, da winkte die französische Regierung ab, obwohl es bei einem österreichisch-russischen Kriege hart auf hart zwischen Deutschland und Rußland gehen würde. Es beeilte sich nicht, wegen der russischen Balkan-Interessen sich mit dem „Erbfeind" auseinander zu setzen, wo es die Hoffnung hatte, von ihm Zugeständnisse in Marokko zu erlangen. Und während der letzten französisch-deutschen Marokkokrise legte Rußland keine große Begeisterung für eine siegerische Auseinandersetzung an den Tag.

Das alles gilt im Auge zu behalten bei der Beurteilung des bevorstehenden russisch-französischen Prinzübereinkommens. Zuerst müßte man beweisen, daß die russische Marine sich erst auf dem Papier befindet und daß es ganz ungewiß ist, was aus dem Flottenplan werden wird. Als politischer Faktor kommt also die russische Marine in den nächsten Jahren gar nicht in Betracht. Zweitens ist es Abschluß des Uebereinkommens eine Selbstverständlichkeit, wenn zwischen Frankreich und Rußland ein Abwehrbündnis besteht, so müssen die beiden Mächte in seinen Dienst alle ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel stellen. Die Feststellung dieser Tatsache auch betreffs der Flotte hat keine Bedeutung, denn es handelt sich um eine andere Frage: ob Rußland trotz des Bündnisses gewillt sein wird, wenn seine Interessen nicht bedroht werden, sich dick und dünn mit Frankreich bei kolonialen Konflikten zu gehen. Das ist mehr als fraglich. Und dann erst kommt die Frage, ob die französische Regierung sich sich nicht Rechnung gibt von der militärischen Schwäche Rußlands, von der Tatsache, auf die russische Bürgerschaftsleute immer wieder hinweisen, daß an den Grundlagen der russischen Militärmacht der Bauerhunger nagt. Angesichts dessen ist es sehr wahrscheinlich, daß, wie einige Pariser Blätter behaupten — die ganze Marineübereinkunftsgeschichte nichts anderes ist, als ein geschicktes Börsenmanöver zur Vorbereitung eines neuen russischen Pumps. Der Bau der neuen russischen Flotte wird eine Milliarde kosten, die natürlich trotz der Lüge von der glänzenden Entwicklung der russischen Finanzen fehlt. Auch England pumpte Rußland in den letzten sechs Jahren, nach einer Zusammenstellung des Londoner Economist, 300 Millionen Mark, und es ist schwer sein, einen namhaften Teil der Anleihe dort unterbringen. Da muß Frankreich wieder aushelfen und die Bröckerung der Hoffnungen des kapitalistischen Publikums auf russische Hilfe gegen Deutschland gehört in einer solchen Situation zum Handwerk. Wenn es wahr ist, was offiziös behauptet wird, daß Deutschland durch die russische Regierung von der Uebereinkunft schon in Baltischport benachrichtigt war, dann verliert die Sache noch mehr an Bedeutung.

Türkei.

Kammerauflösung.

Konstantinopel, 5. August. Völlig überraschend ist die Auflösung der Kammer durch das kaiserliche Irade erfolgt. Gestern mittag erschien das Ministerium im Senat, der zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden war. Die Sitzung war geheim. Die Regierung berichtete zunächst über die Lage und ersuchte dann um Aenderung des Artikels 43, der bestimmt, daß bei einer Auflösung des Parlaments die neu zusammentretende Kammer nur als Fortsetzung der alten Kammer anzusehen sei. Von den anwesenden Senatoren waren 38 für, 5 gegen Zulassung der Aenderung bei einer Stimmenthaltung. Nach der Annahme der Aenderung durch den Senat beschloß das Kabinett die Auflösung der Kammer, die sofort nach Albanien gemeldet wurde, nachdem der Sultan das betreffende Irade unterzeichnet hatte. In der heutigen Kammersitzung dürfte der Großwesir das Irade über das Ende der Legislaturperiode verlesen.

•

Innere Wirren.

Konstantinopel, 4. August. Die jungtürkische Partei hat in der Kammer eine Interpellation eingebracht, in der Kriegsminister Nazim wegen angeblicher Begünstigung der Offiziersliga zur Verantwortung gezogen werden soll.

Uesküb, 4. August. Die Erklärung des Führers der türkischen Spezialkommission, Ibrahim Pascha, an die in Prischtina versammelten Führer der Albanesen, daß die Auflösung der Kammer nicht ohne weiteres vorgenommen werden könnte und sein Rat, sich zu gedulden, haben neue Erregung unter den Albaniern hervorgerufen. Sie wollen neue Ratschläge nicht hören und bereiten sich darauf vor, gegen Werisovich vorzugehen. Der Albanierführer Hassan Bei erklärte, die Albanier seien entschlossen, die Regierung zu zwingen, ihren Forderungen nachzugeben, keine Macht könne sie mehr aufhalten. Sobald die Auflösung der Kammer erzwungen sei, werde man sich über die anderen Forderungen einigen, derentwegen noch eine gewisse Uneinigkeit bei den Führern herrsche.

Nach den jetzt bekannt werdenden Einzelheiten über den Kampf bei Djakowitza haben sich die Türken dort mit den Arnauten zwölf Tage lang herumgeschlagen. Die Arnauten nahmen 250 Mann und 4 Offiziere gefangen. Unter den Gefangenen befinden sich 190 Christen. Die türkischen Soldaten und die Arnauten einigten sich und erschlugen auf die grausamste Weise alle Christen.

Weiter wird gemeldet, daß große Arnautenscharen die Umgebung von Uesküb besetzt haben, und daß die Arnautenführer von der Absicht sprachen, auf Saloniki marschieren zu wollen, um den Sultan Abdul Hamid zu befreien.

Eine Nachricht aus Cetinje besagt, daß am 2. August nachmittags ein Kampf zwischen Angehörigen des Stammes der Kastrati und türkischen Truppen begann. Am andern Morgen tobte der Kampf zwischen den Truppen und den Hotis, einem anderen stark-serbischen Stamm im Vilajet Skutari, der bis zum Abend andauerte. Man vernahm eine heftige Kanonade, woraus geschlossen wurde, daß die Kastrati sich den stammverwandten Hotis nähern.

•

Friedenskonferenz in Genf.

Das Blatt Tribüne de Geneve ist in der Lage mitzuteilen, daß die türkisch-italienischen Friedensverhandlungen in Evian, die von den Prinzen Said Halil, einem Cousin des Khediven von Aegypten und früheren Präsidenten des ottomanischen Staatsrates einerseits und dem ehemaligen italienischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Tufinato, aufgenommen wurden, kein günstiges Ergebnis gezeitigt haben. Die Konferenz fand auf Anregung der ottomanischen Regierung hin statt. Der Prinz soll im Auftrage der Pforte das Angebot gemacht haben, daß den Italienern der Besitz von Tripolis und der Cyrenaika von der Türkei zugestanden wird. Als Aequivalent müsse sich Italien jedoch dazu verstehen, der Türkei die politische Autonomie über die annektierten Gebiete und dem Sultan die Oberhoheit in den beiden Provinzen zu gewähren, die durch Einsetzung eines ottomanischen Fürsten zum Ausdrucke kommt.

•

Verhaftung türkischer Offiziere.

Konstantinopel, 5. August. Das Kriegsministerium hat die Verhaftung der jungtürkischen Offiziere, die am Freitag an der Versammlung auf dem Freiheitshügel teilgenommen haben und an ihn eine Erklärung, Begünstigung der Offiziere der Militärliga, gesandt haben. Die Verhaftung von 42 Offizieren ist geplant, von denen 20 bereits verhaftet sein sollen.

Aus der Partei.

Aus den Parteiorganisationen.

Der Sozialdemokratische Verein Kiel beschäftigte sich in zwei Versammlungen eingehend mit dem Entwurf zum Organisationsstatut. Nach dem Vorschlage des Genossen Brecour wurde beschlossen: Der Sozialdemokratische Verein Kiel erklärt zu dem Organisationsstatut:

1. Er begrüßt die Festsetzung eines Mindestbeitrages von 40 Pf. monatlich, eventl. 10 Pf. wöchentlich, lehnt aber die Erhöhung des Beitrages für weibliche Mitglieder ab, weil er darin eine einseitige Belastung der verheirateten Mitglieder sieht, denn die Mehrzahl der weiblichen Mitglieder sind Frauen und Töchter der verheirateten Genossen;
2. er fordert die Beseitigung des Stimmrechtes der Reichstagsfraktionsmitglieder auf den Parteitagen, legt aber der Beschränkung der Zahl ihrer Vertretung kein Gewicht bei, betrachtet vielmehr diese Frage lediglich als eine Finanzfrage;
3. er erklärt sich für den Parteiausschuß nach den Vorschlägen des Entwurfs der Reorganisationskommission.

Die Versammlung erklärte sich durch Annahme eines Antrages weiter gegen die Beschränkung der Rechte der Kontrollkommission.

Fortschritte in der Provinz Posen.

Nach dem Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes für die Provinz Posen sind bei der Reichstagswahl in allen Wahlkreisen Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden. Die Stimmenzahl stieg von 6510, die 1907 in 11 Wahlkreisen abgegeben wurden, auf 12 993, die unsere Kandidaten in den 15 Wahlkreisen diesmal auf sich vereinigten. Insgesamt ist ein Mitgliederbestand von 1123 männlichen und 112 weiblichen zu verzeichnen. Die Abwanderung nach dem Westen trägt hier mit zu dem Verlust bei. Und gerade die abwandernden Genossen sind immer die besten, die dort verloren gehen. Auch trägt viel zur allgemeinen Fluktuation bei, daß viele Mitglieder wieder austreten, da sie mit der viel religiöser veranlagten Frau — diese wird noch vielfach von den Pfaffen aufgestachelt — in Streit geraten.

Volkswirtschaftliches.

Die Riesengewinne der Kohlenherren.

Den vereinigten Beschützern des Geldsacks war es mit Hilfe der preußischen Regierung und frommer Verräter bekanntlich gelungen, die streikenden Bergarbeiter niederzuringen. Die Streikbruchchristen haben „gesiegt" für die Zechenbesitzer. Ungeheure Goldströme ergießen sich in deren Geldschränke, die Bergarbeiter gehen leer aus. Mehr kann verdient werden durch Ueberschichten und Mehrschuften. Die Folgen des Streikbruchs zeigen sich, wie die Bergarbeiterzeitung mitteilt, in folgenden Gewinnergebnissen:

	2. Vierteljahr 1911 Mk.	1. Vierteljahr 1912 Mk.	2. Vierteljahr 1912 Mk.
Harpen	3 603 000	3 966 000	6 262 500
Königsborn	678 327	594 822	1 100 486
Essener Bergwerks-Verein	584 332	705 000	784 590
Bochumer Bergwerks-A.-G.	154 518	207 257	300 245
Aplerbeck	100 137	104 512	155 056
Ewald	771 452	1 210 921	1 601 271
König Ludwig	601 559	616 136	851 519
Lothringen	453 186	604 421	774 976
Königin Elisabeth	481 448	634 709	750 457
Dorstfeld	319 888	384 723	388 448
Graf Schwerin	221 449	272 003	312 107
Adler	189 005	180 002	214 974
Schürbank	30 523	29 016	61 454
Trappe	44 469	67 853	69 503
Alt-Haase	25 390	25 978	50 660
Caroline	42 925	33 538	46 675
Blankenburg	14 800	8 638	10 988
Summa:	8 316 708	9 645 529	13 735 909

Trotz des Streiks hatten die genannten 17 Werke im 1. Vierteljahr 1912 einen Mehrgewinn gegen das 2. Vierteljahr 1911 von Mk. 1 328 821; die Steigerung beträgt rund 16 Prozent. Im 2. Vierteljahr 1912 betrug der Gesamtgewinn der angeführten 17 Werke 13 735 909 Mk. gegen 8 316 708 Mk. im gleichen Vierteljahr 1911. Die Gewinnsteigerung beträgt also 5 419 201 Mk. oder 65,2 Prozent!!!

Glänzend gestalten sich auch die Gewinnergebnisse der Werke, die Halbjahrsberichte veröffentlicht haben. Die Halbjahrsgewinnergebnisse der folgenden Werke betrugen:

	1. Halbj. 1911 Mk.	1. Halbj. 1912 Mk.
Aplerbecker Verein	204 121	259 568
Essener Steinkohlen-Bergw.-A.-G.	1 618 497	1 770 181
Harpener Bergbau-A.-G.	7 909 000	10 228 500
Bochumer Bergwerks-A.-G.	308 676	507 501
Dorstfeld	600 066	889 421
König Wilhelm	1 337 433	1 490 361
Ewald, Herten	1 753 467	2 812 191
Königsborn	1 588 289	1 695 309
Summa:	15 319 549	19 653 032

Der Gesamtgewinn dieser 8 Werke ist danach gestiegen von 15 319 549 Mark im 1. Halbjahr 1911 auf 19 653 032 Mark im 1. Halbjahr 1912 oder um 4 333 483 Mk. = 28,3 Prozent.

Die Gewinnergebnisse der Zechen sind danach glänzende und nach der Gesamtwirtschaftslage ist bestimmt zu erwarten, daß das nächste Halbjahr mit noch erheblich höheren Gewinnergebnissen abschließen wird. So „siegten" die Streikbruchchristen für die Grubenbesitzer!

Briefkasten der Redaktion.

W. K., Wittenberg. Sehen Sie doch einmal die Arbeitsordnung nach, die enthält meist die Antwort auf Ihre Fragen.

K., Kelbra. Sie müssen ausziehen.

A. Sch., Keuschberg. 1. Ist uns nicht bekannt. 2. Senden Sie es uns zur Begutachtung einmal her.

A. P. 365. 1. Was vereinbart ist, gilt. 2. Erkundigen Sie sich wegen der gewünschten Adresse bei dem Postamt.

H. G. 63. 1. Den Offenbarungseid müssen Sie leisten, widrigenfalls können Sie auf Antrag des Gläubigers in Zwangshaft bis zu sechs Monaten genommen werden. 2. Wenn die Nähmaschine im Haushalte gebraucht wird, kann sie nicht gepfändet werden.

E. K., Hohenleipisch. 1. Die erste Frage ist nicht ganz klar. 2. Dazu hatte der Hausbesitzer kein Recht. Wenden Sie sich an das Amtsgericht.

Literarisches.

Soeben ist die Nummer 19 des **Simplicissimus** erschienen. Der Simplicissimus kostet pro Nummer 30 Pfg., die Liebhaber-Ausgabe, welche auf einem qualitativ ganz hervorragend schönen Papier hergestellt wird, im Halbjahresabonnement 15 Mark. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag, G. m. b. H., in München.

Krupp und die Arbeiterklasse. Unter diesem Titel gibt unser Parteiblatt in Essen eine Broschüre heraus, die wegen ihrer Beziehung zur Jahrhundertfeier der Firma Krupp sehr zeitgemäß ist. Die für die Agitation wertvolle Broschüre kostet 20 Pfg. und ist von der Parteibuchhandlung zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Gottl. Kasparek in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120806-15/fragment/page=0003

Sensationeller Theater-Erfolg!

Menschenrechte!

Soziales Volksstück in 5 Akten von H. Reichardt,
täglich im Walhalla-Theater.
Anfang 8.10 Uhr. Tageskasse v. 10-1½ u. 4-6 Uhr.

Volkspark

Tel. 1107. Burgstrasse 27. Tel. 1107.

Dienstag den 6. Aug. cr. abends 8 Uhr:

Quartett-Abend.

Ausführende:

Cornett-Quartett der Kapelle Engelmann
und
Hallesches Männer-Gesangs-Quartett,

Leitung: Herr Kapellmeister Sonnabend.
Programm 10 Pfg. Programm 10 Pfg.

Einen genussreichen Abend versprechend, ladet zu zahlreichem Besuche ein

Die Geschäftsleitung.

Bei ungünstiger Witterung im grossen Saale.

Dienstboten vereinigt Euch!

Mittwoch den 7. August abends 9 Uhr im Saale des „Konzerthaus", Kurststraße 14:

= Versammlung =

aller Hausangestellten, Dienstboten, Reinemach-, Aufwarte- und Waschfrauen usw.

Vortrag des Herrn Leinen-Halle:

Die Entwickelung der Gewerkschafts-Organisationen.

Nachdem freie Aussprache.

Um zahlreichen Besuch bittet Die Ortsgruppe des Verbandes der Hausangestellten.

Zentral-Verb. der Handlungsgehilfen

Bezirk Halle a. S.

ladet die **kaufmännischen Angestellten zum Beitritt** ein.

Staffelbeiträge. — Stellenlosen-, Kranken-, Sterbe-, Umzugs- und Gemaßregelten-Unterstützung. — Rechtsschutz. — Stellenvermittlung.

Bevollmächtigter: **R. Kühn**, Halle, Landsbergerstr. 13.

Nächste Monats-Versammlung:
Mittwoch, den 7. August 1912, abends 9 Uhr,
im Volkspark, Burgstr. 27.

Saale-Dampfschiffahrt,

Karl Demmer u. Sohn.

Morgen, Dienstag den 6. und Donnerstag den 8. August:

:: Grosse Konzertfahrt nach Rothenburg ::

Abfahrt vormittags 10 Uhr.
Einsteigestelle unterhalb der Weißnitzbrücke.
Alle Tage nachmittags 3 Uhr nach
Neu-Ragoczy.

Soeben erschienen:

Der Neue Welt-Kalender 1913.

37. Jahrgang.

Reich illustriert. Reich illustriert.
Preis 40 Pfennig.

Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/43.

Ist es möglich

werden Sie fragen, daß jedem Paket von
Dr. Gentner's Veilchenseifenpulver
Goldperle
so ein hübsches Geschenk beigelegt werden kann und trotzdem nicht mehr kostet, als andere Waschmittel?

Ueberzeugen Sie sich und Sie werden Ihre Frage bestätigt finden.

Verlangen Sie aber bitte ausdrücklich „Goldperle".

Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuhcrême „Nigrin":
Carl Gentner
in Göppingen (Württbg.)

Waschgefäße, dauerhaft, billigst. **Zander**, Gr. Klausstraße 12. Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Laubfrösche von 15 Pf. an, **Froschhaus**, komplett, von 90 Pf. an. **Otto Bense**, L. Wuchererstr. 12.

Promenaden-Walhalla-Sturm-Automat

empfehlen vorzüglich mundendes

Freyberg-Bräu.

Gegen üblen **Mundgeruch**

„Chlorodont" vernichtet alle Fäulniserreger im Munde u. zwischen den Zähnen und bleicht mitfarbene Zähne blendend weiß, ohne d. Schmelz zu schaden. Herrlich erfrisch. schmeck. Zahncreme (Erwachs. u. Kind., 4—6 Woch. ausreich.) 1 ℳ, Probetube 50 ₰. In d. Inhr. Hygienebuffet, Dresden allerseits bewundert. Man verl. Proße. u. Gratismuster direkt v. Laboratorium „Reo", Dresden 3 od. i. d. Apoth., Drog., Frisr.- u. Parfümeriegeschäften.

Haut-Bleichcreme

„Chloro" bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Vorzügl. erprobtes unschädliches Mittel gegen unschöne Hautfarbe, Sommersprossen, Leberflecke, gelbe Flecke, Hautunreinigkeiten. Echt „Chlorocrème" Tube 1 ℳ. Wirksam unterstützt durch Chlorosseife 60 ₰ vom Laboratorium „Reo", Dresden 3. Erhältlich in Apotheken, Drogerien und Parfümerien. Depots in **Halle a. S.:**

Löwen-Apotheke, am Markt, Bahnhofsapotheke, Delitzscherstr. Adler-Drogerie, Königstraße 14. O. Baslin jun., Leipzigerstr. 63 u. 91, Medizinal-Drogerie, Steinweg 11, Neumarkt-Drog., Bernburgerstr. 32, Drog. Br. Pretsch, Moritzzwinger 1, Schwan.-Drog., Leipz. Ecke Postst., H. Stitz Nachfl., Gr. Steinstr. 33, Baumann & Heddenroth, Gr. Steinstr., Sterndrogerie, Geiststraße 64.

Engel-Apotheke, Kleinschmied. 6, Hohenzoll.-Ap., Merseburgerstr. 20, M. Hoefer, Geiststraße 50/60, Humboldt & Ko., Leipzigerstr. 104, Kaiser-Drogerie, L. Wuchererstr. 31, Merkur-Drog., L. Wuchererstr. 75, F. A. Batz, Gr. Ulrichstraße, Max Rädler, Rannischestraße 2, Steinter-Drogerie, Gr. Steinst. 48, Max Ott, Steinweg 26.

Haus-Bier,

in der heissen Jahreszeit
leichtes, erfrischendes u. wohlschmeckendes Getränk,
empfiehlt, à Flasche 8 Pfg.,

Freybergs Brauerei.

— Fernsprecher 65. —

Bernstein-Fussboden-
Lack-Farbe,
trocknet über Nacht glashart,
1 kg **1.50**, bei 5 kg **1.40** Mark.
Max Rädler,
Rannischestrasse 2, Farbenhandlung,
Ecke Sternstraße. — Telephon 3194.

Zeichenkästen

für die Schule,
hell poliert, Mk. 1.—.
C. F. Ritter,
Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Wanzen mit Brut
sowie sämtl. Ungeziefer vertilgt durch chemische Vergasung innerhalb 6 Stunden
Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer, Mauerstraße 2.
Telephon 3645.

Frauen
bei Ausbleiben monatl. Abgänge wenden sich vertrauensvoll an Frau **F. Brune, Oberhausen,** Rheinl., Friedenstr. 14. — Rückp. erbeten. — Frauen-Katal. gratis.

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandl.**

Wohnungs-Anzeigen

Frdl. möbl. Schlafst., m. Mittagstisch, s. verm. Kl. Ulrichstr. 29, II.

Arbeitsmarkt

Tüchtige Häuer

finden **dauernde** Beschäftigung bei **hohem** Lohn.

Grube „Marie"-Preußlitz
(Anhalt).

300 Mk. monatlich und mehr
verdient jeder, der unsere Artikel übernimmt für Alleinbezirk; garantiert die Stunde 2 Mk. Jeder ist Käufer. Ausk. umf. **F. W. Trappe,** Bühlig-Ehrenberg b. Leipzig. 91.

Braun-Bier,

täglich frisch, empfiehlt
Günthers Brauerei.
Verkauf nur 7½—12 u. ½2—½6 Uhr.

Frauen
brauchen bei Störung u. Unregelmäßigkeit, sow. Weißfluß nur **Dr. Scheldig's Salfnerol.** Garant. unschädlich. Pulver 4 Mk., Tropfen 6.50, 8—10 Mk., sow. sämtl. hygienische Bedarfsartikel billigst. Fil.- Dep. **Dr. Conrad Scheldig,** Halle a. S., Grafeweg 3a, p. l. Damenbedienung. Rückporto.

Frühstücksdosen

für Kinder,
zum Umhängen.
C. F. Ritter,
Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Tücht. Bauschlosser

gesucht.

Schriftliche Offerten an **Fränkische Isolierrohr-Werke, Königsberg** in Franken.

Hausarbeiterinnen

gesucht von
Heilbrun & Pinner, G. m. b. H., Geiststr.

Die besten
Rucksäcke,
von 1.50 an.
Gamaschen, Leibriemen, Kofferriemen,
Handkoffer,
Werkzeugkoffer
zu ganz billigen Preisen.
Paul Göldner,
Koffer- u. Lederwarenfabrik,
Halle a. S., Leipzigerstr. 79,
neben Rotes Roß.
5% Rabatt.

Zum Schulanfang

empfehle höflichst
alle Schulartikel
sowie meine
:: **Buchbinderei** ::
mit elektr. Betrieb.
Max Morgner
Buchbindermeister.
Teleph. 3307. Halle S., Triftstr. 20.

Farbkästen

für die Schule, von
Günther Wagner, sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Gesichts-ausschlag,

Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von **Zuckerer's Patent-Medizinal-Seife**, à St. 50 Pf. (15%ig) u. 1.50 M. (35%ig, stärkste Form) in Sprupdicke abds. eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen u. mit **Zuckerer-Creme** (à 50 Pf., 75 Pf. ꝛc.) nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In sämtl. Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Führer

durch die Gewerbe-Unfall-Versicherung nach der Reichs-Versicherungs-Ordnung.
Preis 30 Pfg.

Die Invaliden- u. Hinterbliebenen-Versicherung

nach der Reichs-Versicherungs-Ordnung.
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Schlurick's

Anstalt
für das gesamte
Naturheilverfahren,
Hochstr. 11-17. Gegr. 1888.
Bäder und Behandlungen bei Krankheiten aller Art.
Erfolgreiche Kuren.

Von der Reise zurück.
Frau **Albrecht,**
Gr. Ulrichstr. 51 III.

Bekanntmachung.

Die dem Fischermeister Friedrich Großmann zu Halle a. S. unterm 19. April ds. Js. (Reg.-Amtsblatt für 1912 S. 164) erteilte Befugnis zum Ueberfetzen von Personen über die Saale vom Saalschlößchen nach der Weißnitz und umgekehrt oder vom Heidemeyer nach der Weißnitz und umgekehrt, wird hiermit widerruflich auf den Gondelbesitzer Hermann Heinrichs zu Halle a. S.-Kröllwitz, Schulberg 13, übertragen.

Merseburg, den 27. Juli 1912.
Der Königl. Regierungs-Präsident
J. V.: Bolfe.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Das Tagesgespräch
ist das aktuellste Schaustück der Saison 1912/13:

„Napoleon Bonaparte".

oder **Vor 100 Jahren.**
Napoleon I. . . . A. Hübener.
Kgl. Preuß. Schauspieler a. D.

Fliegenschränke,

sauber und billig,
bei
C. F. Ritter,
Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Nähmaschine u. gebr. **Trumeau** zu verk. Dachritzstr. 9, I. l.

Haben Sie
schon meine **Spitzkugeln** (Honigkuchen mit Schokolade überzogen) probiert? Ich möchte Sie gern als Kunden haben.
Carl Booch, Breitestrasse 1, Marktplatz, I. Turm und Leipzigerstrasse 61/62.

Holz-Pantoffel, Schaftstiefel, Leder- u. Filz-Pantoffel, Schuhe, große Auswahl, billige Preise. **Kleffel, Alter Markt 22.**

Wie zu Hause speisen Sie im Volkspark.

Vorzügliche Küche.

Täglich:
Frische Pökelknochen

Morgen u. jed. Dienstag
— Schlachtfest. —
Joh. Fischer,
Große Gosenstraße 39.

Jeden Dienstag:
Schlachte-Fest.
O. Grabaum,
Mansfelderstraße 3.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.

Preis 20 Pfennig.
Zu beziehen durch
Volksbuchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/43.

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 3. Aug.

Aufgeboten: Arbeiter Weingärtner und Margarete Mibus (Zwingerstraße 29 und Schlettau). Bergmann Jacobi und E. Hoße (Nielleben).

Eheschließungen: Arbeiter Wolf und Emma Naumann (Glauchersstraße 4 und Alter Markt 21). Bankinspektor Gabelick u. Dor. Schmidt (Leipzig und Leipzigerstraße 58). Ingenieur Casella u. Johanne Simon (Bentheim u. Büchdorferstraße 8). Arbeiter Schärfke u. Anna Klemm (Merseburgerstraße 100 und Henkersstr.). Oberpostpraktikant Stadel u. Margarete Schwahn (Göthestr. 4 und Steinweg 16). Eisenbahner Bawlitte und Luise Hildebrandt (Anhalterstraße 10 und Geisbergerstraße 19). Schlosser Schure und Rosa Zoghaum (Oberstraße 22 und Turmstraße 155). Lackierer Hartung und Alma Seidler (Lauchstädterstraße 11).

Geboren: Schlosser Finer S. (Merseburgerstraße 92). Arbeiter Huncia T. (Pfännerstraße 74). Krahnführer Strotsch T. (Hälsche S. (Klinik). Bankbeamter Jendreher T. (Jakobstraße 2). Bernstein S. (Ludwigstraße 23). Arbeiter Barth T. (Fluckstr. 4). Lehrer Lucas S. (Geschwiderstraße 27).

Gestorben: Arbeiter Halle T. (Große Klausstraße).

Halle-Nord (Gr. Ulrichstr. 3a). 3. Aug.

Eheschließung: Pfleger Gottbehüt und Minna Vogler (Nietleben). Glasschleifer Käsemodel und Ella Haase (Altstraße 15 und Seebenerstr. 6). Arbeiter Gnetsch und Auguste Pinkel geb. Kranz (Seebenerstraße 4a).

Geboren: Arbeiter Witschel T. (Am Kirchtor 26).

Gestorben: Witwe Wilhelmine Frische geb. Kantisch, 70 J. (Kellstraße 31).

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — amtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120806-15/fragment/page=0004

22

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 181 — Halle a. S., Dienstag den 6. August 1912 — 23. Jahrg.

Herrschaft und Verwaltung.

Die Bekenner und Verteidiger des monarchischen Regiments sind unausgesetzt bemüht, dem Volk die Meinung zu suggerieren, der Demokratismus leide „notwendig, seinem Wesen entsprechend, an schlimmen Ausartungen"; er sei „untrennbar verknüpft mit Demagogie"; er wecke „alle bösen Leidenschaften" und schmeichle ihnen; sowohl die Führer wie die Massen verleite er zu „Anmaßung und Ueberhebung"; er „nivelliere und verflache" und führe statt zu einer „Auslese der Menschen nach Fähigkeit und Würdigkeit" zu „oder Gleichmacherei" — nach der Behauptung des Herrn von Bethmann Hollweg — sogar zur „Verrohung"; fortschreitende Demokratisierung bringe den „Verfall aller Tugenden und guten Grundsätze" mit sich.

Die Geschichte lehrt allerdings, daß das demokratische Prinzip speziell in seiner praktischen Anwendung auf das staatliche und gesellschaftliche Leben, nicht immer in seiner Reinheit erkannt und gewürdigt worden ist, daß es mißbraucht werden kann. Aber das ist nicht begründet im Prinzip und im Wesen des Demokratismus selbst. Er kann in seiner Reinheit, in seiner umgestaltenden, befreienden und erlösenden, sättigenden und gerecht und vernünftig bindenden Kraft nicht da sich durchsetzen, wo die Erziehung zu ihm fehlt, und er verschmilzt mit staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, die seinem Wesen widersprechen. Deshalb sind die auf Klassenherrschaft beruhenden bürgerlichen Republiken mehr oder weniger Zerrbilder des Demokratismus.

Alles das, was die Monarchisten gegen ihn geltend machen, um ihn beim Volke in Mißkredit zu bringen, sind Erscheinungen, die von jeher den Monarchismus, und zwar nicht nur den absoluten, sondern auch den konstitutionellen, charakterisiert haben. Die Geschichte lehrt, daß es in ihrem Bereich keinen Herrscherfaktor gibt, der sich an den Völkern schwerer verfündigt hat, als der Monarchismus. Er war ja, vom Wahlfürstentum abgesehen, immer die erbliche Domäne der Herren „von Gottes Gnaden" und zugleich der Konzentrationspunkt der Standes- und Klassenherrschaft. Stets haben sich ihm die Interessen dieser Herrschaft engstens verbunden. Ein wirkliches „soziales Königtum" im Sinne der „Volksvaterschaft" hat es niemals gegeben und wird es niemals geben.

Wenn auf Erscheinungen, die ein herrschendes System notwendig aus seinem Wesen heraus mit sich bringt, das Wort „Ausartung" Anwendung finden darf, dann ganz gewiß in erster Linie auf die Begleiterscheinungen des Monarchismus. Durch ihn und für ihn ist stets eine weit schlimmere Demagogie, eine viel gemeingefährlichere Volksverführung und -Verhetzung betrieben worden, als sie jemals unter dem Vorwande des Demokratismus ins Werk gesetzt werden konnte: Verleitung und Verhetzung des Volkes zur Stellungnahme gegen seine eigensten Interessen, gegen den Geist des Fortschritts, der Freiheit und der Humanität. Wir haben diese ordnungspolitische Demagogie, in deren Mittelpunkt neben dem Interesse der herrschenden Klassen und wenigstens verquickt mit ihm das dynastische Interesse und sein künstlicher Nimbus steht, ja auch in Deutschland satsam kennen gelernt. Es ist eine alte Erfahrungs-Tatsache, daß durch die monarchistische Propaganda und das dynastische Interessenspiel die niedrigsten Leidenschaften geweckt und gefördert werden. Wollte man eine Geschichte der politischen Anmaßung und Ueberhebung schreiben, so würde darin der Monarchismus mit der Gottesgnadentums-Idee sehr scharf hervortreten. Gibt es eine ärgere Ueberhebung als die, welche in der monarchistischen Lehre steckt, daß ein Fürst als ein von Gott besonders begnadeter Mensch für sein Tun und Lassen weder dem Volke, noch einem Parlament oder einer andern Rechtsinstitution, sondern „nur Gott verantwortlich" ist? Beim Wahlkönigtum früherer Zeit hat die Frage nach der Fähigkeit und Würdigkeit wenigstens eine theoretische Geltung gehabt. Sie scheidet aber völlig aus bei der Erbmonarchie. Denn, wie Fichte treffend sagt, weder faktisch das Talent und die Würdigkeit, noch begriffsmäßig das Recht zum Fürstenregiment läßt sich vererben. Und Thomas Paine schrieb in seinem 1792 erschienenen Buche: Die Rechte der Menschen:

„Alle erbliche Herrschaft ist ihrer Natur nach Tyrannei . . . Das System der erblichen Monarchie ist ein System intellektueller Gleichmacherei. Ohne Unterschied läßt es jede Art von Charakter zu derselben Würde zu, Laster und Tugend, Unwissenheit und Weisheit, kurz jedwede Eigenschaft, ob gut oder schlecht, stellt es auf gleiche Höhe. Könige folgen einander nicht als vernünftige, sondern als mit tierischem Leben begabte Geschöpfe; Verstand und moralischer Charakter kommen dabei nicht in Betracht. Dürfen wir uns über die elenden Zustände in monarchischen Ländern wundern, wenn die Regierung selbst nach einem so heillosen Gleichmachungssystem gebildet ist? Sie hat keinen bestimmten Charakter; heute ist sie so, morgen so. Sie verändert sich mit der geistigen Beschaffenheit eines jeden nachfolgenden Individuums und ist allen Varietäten desselben unterworfen. Sie ist eine Herrschaft der Leidenschaften und Zufälle und erscheint unter dem wechselnden Charakter der Kindheit, der Altersschwäche, des Blödsinns, bald auf dem Schoße der Ammen, bald am Gängelband, bald an Krücken. Sie kehrt die vernünftige Ordnung der Natur um, stellt gelegentlich Kinder über Männer und setzt den Eigendünkel der Unmündigkeit über Weisheit und Erfahrung."

Unter jedem klassenstaatlichen Regiment finden Laster aller Art ihre Stätte, auch in Republiken. Aber niemals hat das Laster einen besseren Pflanz- und Nährboden gehabt, als unter dem Monarchismus. Das Gottesgnadentum selbst hat sehr oft das Beispiel wahrhaft entsetzlicher Unsittlichkeit, Verrohung, Lasterhaftigkeit gegeben: Wenn unter dem Monarchismus auch Tugenden gedeihen, so nicht durch ihn, sondern trotz ihm. Nicht er ist ein Träger und Förderer der wahren Mannhaftigkeit, des echten Bürgersinns, der staatsbürgerlichen Selbstachtung. Diese Tugenden hat er nie leiden können, um so weniger, wenn sie dem Geiste des Fortschritts, dem freiheitlichen Streben sich verbinden. Der Inbegriff aller „Volkstugend" ist ihm die unbedingte Treue gegen den „allerhöchsten Herrn", die „Untertanentreue", von der Fichte sagt, daß sie die „Tugend des Hundes" ist. Die im Widerspruch zur Vernunft und zu der bestehenden Rechtsordnung stehende Lehre des dynastischen Interesses, daß das Wort des Fürsten das höchste Gesetz sei — tritt scharf dem demokratischen Grundsatz entgegen, daß das Volk selbst über sein Geschick zu entscheiden habe, daß sein Wille als höchstens Gesetz zu respektieren ist.

Gewiß gibt es Menschen, die aus ehrlicher Ueberzeugung Monarchisten sind und dabei die Selbstachtung nicht preisgeben. Aber ein erheblicher Teil derjenigen, die sich „monarchischer Gesinnung" rühmen und diese bei jeder sich darbietenden Gelegenheit demonstrieren, sind charakterlose Subjekte, unfähig, selbst um des monarchischen Interesses willen „Männerstolz vor Königsthronen" zu beweisen. Diese Gruppe setzt sich zusammen aus solchen, die lediglich als Opfer der monarchistischen Suggestionskunst in Betracht kommen und sich über ihre „Gesinnung" selbst keine Rechenschaft geben können; dann aus solchen, deren „monarchische Gesinnung" der Erwägung ihrer Interessen entspringt; sie bekennen sich zum Monarchismus, zu der Politik des Monarchen unter der ganz bestimmten Voraussetzung eines Geschäftes auf Gegenseitigkeit; sie erwarten, daß der Monarch, seine Regierung, seine Politik sich die Wahl dynastischen Interesses, daß das Wort des Fürsten das höchste Gesetz sei — tritt scharf dem demokratischen Grundsatz entgegen, daß das Volk selbst über sein Geschick zu entscheiden habe, daß sein Wille als höchstens Gesetz zu respektieren ist.

Gewiß gibt es Menschen, die aus ehrlicher Ueberzeugung Monarchisten sind und dabei die Selbstachtung nicht preisgeben. Aber ein erheblicher Teil derjenigen, die sich „monarchischer Gesinnung" rühmen und diese bei jeder sich darbietenden Gelegenheit demonstrieren, sind charakterlose Subjekte, unfähig, selbst um des monarchischen Interesses willen „Männerstolz vor Königsthronen" zu beweisen. Diese Gruppe setzt sich zusammen aus solchen, die lediglich als Opfer der monarchistischen Suggestionskunst in Betracht kommen und sich über ihre „Gesinnung" selbst keine Rechenschaft geben können; dann aus solchen, deren „monarchische Gesinnung" der Erwägung ihrer Interessen entspringt; sie bekennen sich zum Monarchismus, zu der Politik des Monarchen unter der ganz bestimmten Voraussetzung eines Geschäftes auf Gegenseitigkeit; sie erwarten, daß der Monarch, seine Regierung, seine Politik sich die Wahl dynastischen Interesses angelegen sein läßt. Wird diese Voraussetzung nicht, oder nicht ganz erfüllt, oder wendet die Politik der Regierung sich gar gegen sie, dann zeigt sich in vollster Deutlichkeit, daß die „monarchische Gesinnung" dieser Elemente nichts anderes als spekulative Heuchelei ist.

Quittung.

Eisleben. Für Parteizwecke gingen ein: Aus Langenbogen, Aufkegeln und Schießen, 20,— Mk. durch P. Schmidt. Aus Helfta von Ungenannt 1,— Mk. Arbeiter-Radfahrerverein Höhnstedt 1,10 Mk. Joh. Stelzer.

Gewerkschaftliches.

Staatlich subventioniert.

Um einen angeblichen Mangel an geeigneten Strohhutnäherinnen zu beheben, entschloß sich der Verein Sächsischer Strohhutfabrikanten unter Mitwirkung des Dresdner Gewerkverbandes für die Heimarbeiterinnen Deutschlands in Dresden eine Strohhutnähschule zu errichten. Zu den auf jährlich 6000 Mk. veranschlagten Unterhaltungskosten der Schule will der Unternehmerverein, der den Hauptnutzen von der Schule hat, pro Jahr 1500 Mk. bezahlen. Das Schulgeld von 140 Lernenden à 10 Mk. soll weitere 1400 Mk. bringen. Den Rest von 3000 Mk. schießt zu gleichen Teilen die Stadt Dresden und das sächsische Ministerium zu. Den Antrag an Stadt und Staat, eine jährliche Beihilfe von je 1500 Mk. zu leisten, hat der Fabrikantenverein damit begründet: Die Strohhutindustrie im Dresdner Bezirk — die in 32 größeren Betrieben 5800 Arbeiterinnen, darunter 3600 Strohhutnäherinnen beschäftigt — sei wegen Mangel an geeigneten Strohhutnäherinnen nicht in der Lage gewesen, den Bedarf an Strohhüten decken zu können, sie habe öfter wertvolle Aufträge zurückweisen müssen. Den jährlichen Neubedarf oder Mehrbedarf von 216 Näherinnen könnten sich die Fabrikanten durch Anlernenlassen in ihren Betrieben nicht beschaffen. Die zeitlichen Zwischenräume von Saison zu Saison würden immer kürzer, es greife eine Saison in die andere über, daher fehle es den Fabrikanten an der Zeit, sich Näherinnen selbst anzulernen.

Diese Begründung schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Tatsächlich wird die Saison, die sich auf die Zeit von November bis gegen Pfingsten erstreckt, immer kürzer und die Zwischenräume von Saison zu Saison immer größer. Lehrkräfte zum Anlernen neuer Näherinnen stehen den Fabrikanten massenhaft zur Verfügung, denn allsährlich sind vom Mai bis November Tausende von geübten Näherinnen arbeitslos. Gegenwärtig gibt es seit drei Monaten in Dresden noch weit über 1000 arbeitslose Strohhutnäherinnen. Anstatt daß die Behörden sich vergewissern — auch durch Anfragen bei der Organisation der Hutarbeiter, der reiches statistisches Material zur Verfügung steht — ob die Angaben der Antragsteller auf Wahrheit beruhen, hat man glattweg die geforderten Summen bewilligt.

Ueber die Motive zur Gründung der Strohhutnähschule mit städtischer und staatlicher Subvention hat sich nachträglich die Strohhutzeitung, das Organ des Fabrikantenvereins, verplappert; es führt zu dem Kapitel: Strohhutnähschule u. a. aus: „Ein Streik, wie bei der Firma Schulzes Söhne in Kreischa (1911) hätte nie ausbrechen können, wenn die Branche über eine Nähschule verfügte." Das ist des Pudels Kern!

Kultur im Geldlingen.

Die Wahl des von den freien Gewerkschaften aufgestellten Arbeiterausschußkandidaten hat bei den gelben Drahtziehern auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven sowie bei ihren hohen Protektoren einige Ueberraschung hervorgerufen; sie versuchen bereits, einen Gegenschlag zu führen. Drei der braven Nationalen haben die Wahl angefochten mit der Begründung, daß die Wahlbeisitzer Stimmzettel zur Verteilung brachten und damit eine unerlaubte Beeinflussung getrieben hätten. Die Werftverwaltung hat sich nun beeilt, dem an sie gestellten Verlangen auf dem schnellsten Wege entgegenzukommen und die Wahl für ungültig zu erklären. Als Gründe für diesen Streich werden drei Punkte angegeben: 1. seien beim Ressort IV (Maschinenbauressort) bei der Wahl offene Wahlurnen verwandt worden, 2. hätten die Beisitzer während der Wahl beschriebene Zettel verteilt und damit Agitation getrieben, und 3. habe sich ein Beisitzer während der Wahl entfernt. Dazu ist zu bemerken: Es sind noch bei keiner Arbeiterausschußwahl auf der Kaiserlichen Werft durchweg geschlossene Kästen als Wahlurnen verwandt worden, sondern immer befanden sich

---

25]

Madame Bovary. [Nachdr. verb.]

Ein Sittenroman aus der Provinz von Gustave Flaubert.

Aus dem Französischen übertragen von Jos. Ettlinger.

Es war nicht allein christliche Nächstenliebe, die den Apotheker zu solcher Dienstfertigkeit antrieb; die Sache hatte für ihn noch einen sehr reellen Hintergrund.

Er hatte das Gesetz vom 19. Ventôse des Jahres XI Absatz 1 übertreten, das jedem die Ausübung des ärztlichen Berufs verbot, der nicht im Besitze eines staatlichen Diploms war, und schon einmal war er auf die Denunziation eines Unbekannten hin nach Rouen vor den Staatsanwalt geladen und in dessen Privatkabinett vernommen worden. Der Beamte hatte ihn stehend in Talar und Barett empfangen, denn es war vormittags und die Gerichtsverhandlungen sollten gleich beginnen. Draußen auf den Korridoren hörte man die schweren Tritte patrouillierender Gendarmen und von weiter her schien das Geräusch von klirrenden Schlüsselbunden und rostigen Schlössern zu dringen. Dem schuldbewußten Apotheker sauste es in den Ohren, daß er jeden Augenblick meinte, einen Blutsturz zu bekommen. Er sah sich schon im finsteren Kerkerloch, seine Familie in Tränen aufgelöst, die Apotheke unter dem Hammer, die Flaschen und Gläser vernichtet; und sobald sein Verhör zu Ende war, mußte er schleunigst im nächsten Café ein Glas Kognak mit Selters zu sich nehmen, um seine ermatteten Lebensgeister zu erfrischen.

Die Erinnerung an diese erste Warnung hielt jedoch nicht allzulange vor, und bald genug betrieb er wieder in der Hinterstube seines Ladens das einträgliche Gewerbe eines Kurpfuschers. Aber der Maire war ihm schon lange nicht grün, der Geschäftsneid der Kollegen war rege, und so stand jederzeit alles für ihn zu befürchten. Als diesen taktischen Gründen suchte er sich bei Bovary durch fortgesetzte Aufmerksamkeiten beliebt zu machen, um ihn sich zu Danke zu verpflichten und ihm für etwaige kritische Fälle den Mund zu verstegeln. Deshalb auch brachte er ihm jeden Morgen seine Zeitung, und verließ häufig am Nachmittag seinen Laden, um im Hause des Arztes ein Schwätzchen zu halten.

Charles war nicht wenig verstimmt: die Patienten blieben ihm aus. Stundenlang saß er untätig in seinem Sprechzimmer oder schlief auf dem Sofa der Wohnstube oder sah seiner Frau bei ihren Handarbeiten zu. Zu seiner Zerstreuung begann er im Hause als Handwerker zu wirtschaften und vertrieb sich beispielsweise die Zeit damit, den Speicher mit einem Rest Oelfarbe anzustreichen, den die Tüncher hatten stehen lassen.

Vor allem aber drückten ihn die Geldsorgen. Er hatte für allerhand Neuanschaffungen in Tostes, für die Toiletten seiner Frau und jetzt für den Umzug soviel ausgegeben, daß die ganze Mitgift von mehr als dreitausend Talern im Zeitraum von zwei Jahren aufgebraucht worden war. Eine Menge von Dingen waren bei dem Transport von Tostes nach Yonville beschädigt oder entzwei geschlagen worden, unter anderm auch der gipserne Mönch aus dem Garten, der bei einem heftigen Stoß der Räder vom Wagen gestürzt und auf dem Pflaster von Quincampoix in tausend Stücke zerschellt war! —

Was ihn in all dieser Trübsal einigermaßen aufrecht erhielt, war die Mutterhoffnung seiner Frau. Je näher die Zeit ihrer Niederkunft herankückte, desto größer wurde seine Zärtlichkeit und Fürsorge. Es war ein neues Unterpfand von Fleisch und Blut, das ihn jetzt mit ihr verband, und damit das erhöhte Gefühl eines dauernden, engen Zusammengehörens. Wenn er ihren lässigen Gang beobachtete, die weiche Rundung von Taille und Hüften, die von keiner Schnürbrust beengt wurden, wenn er ihr gegenübersaß und sie nach Herzenslust betrachten durfte, während sie in milder und schlaffer Haltung in ihrem Fauteuil lag, dann ging bisweilen das Glücksgefühl mit ihm durch. Er mußte auffstehen, sie küssen, ihr das Gesicht streicheln, nannte sie seine kleine Mama, wollte mit ihr in der Stube herumtanzen und verschwendete mit einem heiteren und einem nassen Auge die unsinnigsten Zärtlichkeiten an sie, die ihm einfallen wollten. Der Gedanke, daß er ein Kind erzeugt habe, machte ihn unmäßig stolz. In solchen Augenblicken schien nichts mehr zu seinem Glücke zu fehlen.

Emma war zuerst von dem ihr ungewohnten Zustand etwas befremdet gewesen; dann wünschte sie ihn recht bald wieder loszuwerden, um zu erfahren, was für ein Vergnügen eigentlich dabei sei, Mutter zu sein. Aber als es sich erst herausstellte, daß sie die Ausgaben nicht machen durfte, die sie im Sinn hatte, daß sie keine elegante Wiege mit Muschelaufsatz, keine rosaseidenen Vorhänge, keine gesticften Häubchen anschaffen konnte, verlor sie alle Lust, die kleine Ausstattung selbst herzurichten, und gab sie mißmutig der Näherin des Orts in Arbeit, ohne sich lange erst mit ihr zu besprechen und viel zu wählen. Sie fand gar kein Vergnügen an diesen hundertfältigen kleinen Rüstungen und Empfangsvorbereitungen, die das Entzücken junger Mütter auszumachen pflegen, und so war schon von Anfang an ihre Liebe zu dem erwarteten Kinde um einiges abgeschwächt.

Als indessen Charles bei jeder Mahlzeit immer wieder von dem kleinen Geschöpf zu reden anfing, mußte sie unwillkürlich selbst häufiger daran denken.

Sie wünschte sich einen Sohn; groß, stark und brünett mußte er sein und Georges sollte er heißen; und diese Hoffnung auf einen männlichen Sproß schien ihr wie eine Entschädigung für alle die bisherigen Enttäuschungen. Ein Mann, das war doch ein freier Mensch, er durfte seinen Neigungen folgen, durfte reisen wohin er wollte, konnte Schwierigkeiten aus eigener Kraft überwinden, und kühn nach den höchsten Früchten des Lebens greifen . . . Frauen aber sind an Händen und Füßen gebunden. Träge und leicht bestimmbar von Hause aus, stehen sie in ewigem Kampfe zwischen den Verführungen der Sinnlichkeit und den sittlichen Geboten. Ihr Wollen und Wünschen flattert haltlos im Winde, wie der Schleier ihres Huts. Ueberall reizt sie der Wunsch zum Genusse, und überall hält sie die strenge Gesellschaftsordnung davon zurück.

Das Kind kam an einem Sonntag zur Welt, frühmorgens um sechs, als die Sonne eben aufging.

„Es ist ein Mädchen," sagte Charles.

Da bog sie den Kopf zurück und fiel in Ohnmacht.

Gleich darauf kam Madame Homais herüber, um zu gratulieren und nach ihr Madame Lefrançois, die Wirtin des Goldenen Löwen. Der Apotheker selbst erlaubte sich aus Diskretion nur einen provisorischen Glückwunsch durch die Türspalte an Emma zu richten. Er ließ sich das Neugeborne zeigen und fand es durchaus normal und wohlgestaltet.

Während Emma sich langsam erholte, beschäftigte es sie besonders, welchen Namen sie ihrem Töchterchen geben wollte. Zuerst ließ sie alle Taufnamen mit italienisch klingenden Endungen Musterung passieren, als: Klara, Luisa, Amanda, Atala; sehr schön fand sie Galaswintha, noch vornehmer Isolde oder Leocadia. Charles seinerseits wünschte, daß das Kind nach seiner Mutter genannt werde; dem aber widersetzte sich Emma mit Heftigkeit. Man ging den Kalender von einem Ende bis zum andern durch und frug alle Leute um ihre Meinung.

„Herr Leon," sagte der Apotheker, „mit dem ich gestern darüber sprach, wundert sich, daß Sie nicht Madeleine nehmen wollen, das jetzt so sehr in der Mode sei."

Aber die alte Madame Bovary wehrte sich entsetzt gegen diesen sündigen Namen.

Herr Homais selbst liebte besonders solche Namen, die an einen großen Mann oder ein großes Ereignis, ein Kunstwerk, eine Erfindung u. dergl. anknüpften, und hatte nach diesem System seine eigenen vier Kinder getauft. So vertrat Napoleon die nationale „Gloire" und Franklin die bürgerliche Freiheit. Irma schien eine Konzession an die herrschende romantische Richtung, Athalia dagegen eine Huldigung für den größten dramatischen Dichter Frankreichs. Denn seine philosophischen Ueberzeugungen hinderten ihn nicht an der Verehrung der schönen Künste, der Denker in ihm schloß den Schöngeist nicht aus.

Schließlich fiel es Emma wieder ein, daß auf Schloß Vaubyessard die Marquise eine junge Frau bei dem Namen Berthe genannt hatte. Sie entschied sich, die Kleine danach heißen zu lassen, und da Vater Rouault am Kommen verhindert war, bat man Herrn Homais zu Gevatter. Seine Geschenke bestanden aus lauter Gegenständen, die er im Geschäfte führte, als: sechs Schachteln Brustteee, ein Glas Taubenhonig, drei Büchsen Eibischpasta und ein halbes Dutzend Zuckerstangen, die er in einem vergessenen Winkel seiner Schaufensterauslage noch vorgefunden hatte.

Am Abend des Tauftages fand ein festliches Mahl statt, an dem auch der Pfarrer teilnahm. Die Unterhaltung war äußerst animiert. Nach dem Kaffee sang Herr Homais, „Das teure Vaterland zu retten", Leon eine Barcarole, und die alte Madame Bovary, die das Kind über die Taufe gehalten hatte, gab eine Romanze aus der Zeit des ersten Kaiserreichs zum besten. Schließlich verlangte Bovary senior den Täufling zu sehen, und kam auf den erfindungsreichen Einfall, ihm mit einem Glas Champagner, das er ihm auf den Kopf goß, „nachzutaufen". Diese Verhöhnung des heiligen Sakraments erregte das Aergernis des Abbé Bournisien: Bovary gab ihm eine grobe Antwort, und der Geistliche schickte sich an, die Gesellschaft zu verlassen. Die Damen drangen in ihn, zu bleiben. Homais legte sich beschwichtigend ins Mittel, und es gelang, den geistlichen Herrn soweit zu beruhigen, daß er sich wieder setzte, und seine Untertasse ergriff, um den Rest seines schwarzen Kaffees auszuschlürfen. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120806-15/fragment/page=0005

dabei solche, wie im angegebenen Falle eine zur Verwendung kam. Die der Agitation beschuldigten Beisitzer haben während des Wahlaktes selbst keine Stimmzettel verteilt, sondern dies vor Wahlbeginn getan und somit nur ein gutes Recht ausgeübt, das bisher stets zugestanden worden ist. Ein Beisitzer hat sich allerdings vor Schluß der Wahlhandlung entfernt, um an der eben beginnenden Sitzung des Arbeiterausschusses teilzunehmen. Die Gründe für diese Ungültigkeitserklärung sind also an den Haaren herbeigezogen. Wir sind überzeugt, hätte bei der Ersatzwahl der gelbe Kandidat gesiegt, wäre alles in bester Ordnung gewesen. Aber so! Bezeichnend ist, daß der Anordnung der Werksverwaltung gegenüber keinerlei Einspruchsrecht besteht. Die Oberversicherungsdirektion betreffend und damit ist die Angelegenheit erledigt, die Arbeiter müssen sich fügen. Die Neuwahl ist auf den 7. August festgesetzt.

Zum Ausstand der französischen Seeleute.

Die ausständigen Seeleute in Marseille hielten am Sonntag ein Meeting ab, das sehr stark besucht war. Es wurde einstimmig die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 5. August 1912.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Donnerstag abend findet die Fortsetzung der neulich abgebrochenen Versammlung statt. Zunächst wird in der Diskussion über den Vortrag des Genossen Albrecht über die Reorganisation der Partei fortgefahren. Dann stehen noch die Anträge für den Parteitag in Chemnitz auf der Tagesordnung. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich den Donnerstag abend zum Besuch der Parteiversammlung freizumachen und auch für guten Besuch derselben zu agitieren.

Die Arbeitsordnungen.

V.

Eine kleine Angahlt von Arbeiterschutzvorschriften enthält auch das **Bürgerliche Gesetzbuch.** Aber auch hier versuchen es die Unternehmer, mit Hilfe der Arbeitsordnung die Bestimmungen für sich unwirksam zu machen. Sehr bekannt ist folgende Bestimmung in § 616 des B. G.-B.: „Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt."

Die Fälle, für die hiernach der Lohn fortzuzahlen ist, sind z. B. die Wahrnehmung von Kontrollversammlungen, das Erscheinen als Zeuge vor Gericht usw. Die Durchsicht der Arbeitsordnungen hat ergeben, daß etwa 60 Prozent der Unternehmer die Bestimmung für sich ausgeschlossen haben. Es gehören dazu u. a. das Hallesche Röhrenwerk, die Gewerkschaft Salzmünde, Reuter u. Straube, Dampfkesselfabrik Melzer, fast sämtliche Bergwerke im Oberbergamtsbezirk Halle, Tischlerei Mai, Möbelfabrik Schaible, Werneburg u. Ko. usw. Manche Juristen sagen, daß es überhaupt unangängig sei, den § 616 durch die Arbeitsordnung aufzuheben. Es geschieht aber und die Rechtsprechung ist schwankend darüber.

Aehnlich verhält es sich mit dem § 278 B. G.-B. Dicker u. Werneburg, Maschinenfabrik Halle, bestimmt: „§ 5. Die Vorschriften des § 278 des B. G.-B. finden auf das Arbeitsverhältnis keine Anwendung." Was sagt nun aber der § 278 B. G.-B.? Folgendes: „Der Schuldner hat ein Verschulden seines gesetzlichen Vertreters und der Person, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit bedient, im gleichen Umfange zu vertreten wie eignes Verschulden ..." Die Bestimmung besagt also, daß der Unternehmer zu hasten hat für Versehen usw., die der Angestellte (Werkmeister, Buchhalter usw.) begeht. Auch diese Verantwortlichkeit schiebt der Unternehmer von sich.

Die **Unterhaltung von Werkzeug** wird den Arbeitern vielfach noch zugemutet. Mitunter schreiben — ein Ausfluß der Sparsamkeit der Unternehmer — die Arbeitsordnungen sogar vor, daß die Arbeiter das Werkzeug selbst mitbringen müssen. Das ist namentlich der Fall in Kalkwerken, Baugeschäften usw.

Nicht viel besser ist, was die Firmen Laessig u. Ko., Halle, Dr. Pollak u. Ko., Halle, usw. vorschreiben: „Reparaturkosten der durch Verschulden der Arbeiter unbrauchbar gewordenen Werkzeuge werden nach Befinden dem Arbeitnehmer vom Lohn abgezogen."

Die Begriffe über das „Verschulden" können oft recht weit auseinandergehen.

Leitungs-Gezwitscher um ein Heinedenkmal.

Und als sie mich ganz besoffen gemacht
Und mehr Kleider zerrissen,
Da ward ich armer Jüngling
Zur Tür hinausgeschmissen.

Dieses Klagelied hatte der poesiereiche Heinrich Heine schon zu Lebzeiten, vielleicht in Vorahnung der Ereignisse, die sich nach seinem Tode mit seinen „Denkmälern" zutragen würden, angestimmt. Denn was jetzt von der bürgerlichen Presse über ein „Heinedenkmal am Saalestrand" verbreitet wird, überschreitet alle Grenzen des Unsinns. Bekanntlich gönnt man dem großen Lyriker im weiten Deutschen Reiche kein Ehrenplätzchen und auch sein im Auslande errichtetes Denkmal mußte auf Wanderschaft gehen. Heine war kein Fürstendiener, er dachte aber über Denkmalsehrungen wie andere seiner Zeitgenossen: „Weihrauch ist nur Tribut für Götter, und für die Sterblichen ein Gift." Also, würde Heinrich Heine seine Denkmalsaffäre heute mit ansehen können, er würde sich sicher sehr lustig darüber machen und sich damit trösten, daß nicht bloß sein Denkmal, sondern auch ein Hohenzollerndenkmal auf Wanderschaft ging.

Hier in Halle hat sich jetzt ein Heinebund gegründet, der als eine kleine literarische Gesellschaft dem Dichter im Garten des Trotharr Schlößchens ein Denkmal gesetzt hat, das am 11. August enthüllt werden soll. Gegen diese Ehrung des beliebten Dichters, der sein Denkmal im Herzen des Volkes hat, wird niemand etwas einwenden können, obwohl man darüber verschiedener Meinung sein kann, ob es opportun ist, ein Denkmal in einem Privatlokal aufzustellen. Schlimm genug, ja geradezu empörend ist es, daß im großen deutschen Vaterlande, wo die Denkmäler für Potentaten wie ungenießbare Pilze aus der Erde schießen, für ein Genie wie Heine, kein öffentliches Plätzchen zu finden ist. Dieselbe bürgerliche Presse, die bei jeder Enthüllung eines Bismarckdenkmals in Entzücken gerät, findet es nicht bloß selbstverständlich, daß Heinrich Heine sich in einem Privatgarten, der dem Wechsel des Besitzers unterworfen ist, flüchten muß, sondern sie versucht die Sache so darzustellen, als handele es sich am 11. August um eine öffentliche offizielle Denkmalsenthüllung. Preußen habe sich geändert, und die Stadt Halle habe sich „wieder einmal liberal" gezeigt. So prangte dieser Tage in der Magdeburgischen Zeitung folgendes Telegramm eines hiesigen bekannten Zeilenschinders:

Das erste Heinedenkmal in Preußen.

Halle, 29. Juli. (Telegramm.) Das vom Bildhauer Paul Schönemann in Halle geschaffene Heinedenkmal, das erste Heinedenkmal in Preußen, wird am 11. August hier enthüllt werden."

Das bürgerliche Lesepublikum bekommt aber noch mehr Sand in die Augen gestreut. So berichten die Eilenburger Neuesten Nachrichten: „Das Denkmal wird am 11. August vor dem Trotharr Schlößchen in Halle enthüllt werden. Ob die Behörden der Einweihungsfeier beiwohnen werden, steht noch nicht fest."

Man beachte das Wörtchen „vor", das den Anschein erwecken soll, als handele es sich um eine Enthüllung auf öffentlicher Straße vor einem Grafen- oder Fürstenschloß. Und dann der wunderbar köstliche Satz: Ob die Behörden der Einweihungsfeier beiwohnen werden, steht noch nicht fest. — Börne schrieb einmal in einem Briefe aus Paris: „Wenn die Regierungen verrückt sind, werden alle vernünftigen Leute eingesperrt." Hier könnte man variieren: „Wenn die Halleschen Zeitungsschreiber verrückt geworden sind, gehen die preußischen und selbstverständlich auch die Halleschen Behörden zur Heinedenkmalsenthüllung — nach dem Trotharr Schlößchen." Was mag sich der Schreiber des Eilenburger Blattes von Heinrich Heine und von den Halleschen Behörden vorgestellt haben? Vielleicht hat er schon öfter zu Ehren verhungerter deutscher Dichter mitgegessen und mitgetrunken. Damit scheinen aber seine Kenntnisse der Klassiker erschöpft zu sein. — Wenn es auch vorläufig nicht gelingt, dem großen deutschen Dichter einen öffentlichen Ehrenplatz in seinem Vaterlande anzuweisen, so werden die Heinefreunde dadurch in ihrer Verehrung des Unsterblichen nicht beeinträchtigt werden. Ein Denkmal allein tut es nicht.

Millionengewinne in der Papierindustrie.

Um zwei Prozent sind die „Entbehrungslöhne" der Aktionäre der Ammendorfer Papierfabrik in diesem Jahre gestiegen. Der Bruttogewinn beträgt 1 006 418,77 Mk. Die Abschreibungen sind auf 244 561,29 Mk. festgesetzt worden. Für Reparaturen an Maschinen und Gebäuden wurden 93 257,61 Mk. aufgewendet und aus dem Betriebe gedeckt. Der Generalversammlung soll vorgeschlagen werden: 55 000 Mk. zurückzulegen, 30 Proz. (i. V. 28 Proz.) Dividende zu verteilen und 213 049 82 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. In Wirklichkeit beträgt der Bruttogewinn 1 099 676,38 Mk., weil die Verwaltung die Reparaturkosten in Höhe von 93 257,61 Mk. nicht dazu gerechnet hat. Da die Kosten hierfür aus dem Betriebe gedeckt worden sind, müssen sie als Gewinn mit verrechnet werden. Da dies nicht geschehen ist, kann man annehmen, daß die Summe des Bruttogewinns nicht zu hoch erscheinen sollte. Diese rechnerische Umstellung ändert an dem Gesamtresultat nichts, weil auf der anderen Seite bei der Aufstellung der Bilanz der Ausgabeposten um 93 257,61 Mk. niedriger ist. Ganz neu ist, daß, nachdem 213 049,82 Mk. auf die neue Rechnung vorgetragen sind, nochmals 55 000 Mk. zurückgelegt werden sollen. Ist das nicht etwa die Tantieme für den Aufsichtsrat, nur in anderer Form? Will man etwa auf diese Art die Herren von der Tantiemesteuer bewahren?

Der Bericht über die Kröllwitzer Papierfabrik ist für die Aktionäre in diesem Jahre nicht so günstig. Neidischen Auges blicken sie mit ihren lumpigen 9 Prozent Dividende auf ihre glücklicheren Ammendorfer Kollegen, die 30 Prozentchen einstreichen können. Zur Beruhigung teilt die Verwaltung aber mit, daß die Aussichten für das kommende Geschäftsjahr sehr günstig sind.

Angesichts der hohen Dividenden ist die Frage angebracht: wie hoch ist der Lohn der Arbeiter? Kommt den „christlichen Herren" das Bibelwort: „Wer viel hat, gebe dem der wenig hat", nicht in den Sinn? Während sie auf Kosten der Arbeiter Schätze sammeln, darben die Arbeiter in elenden Hütten mit Weib und Kind! O, du herrliche, von Gott gewollte Weltordnung!

Vom Streik der Heizungs-Monteure und Helfer.

Der Streik, der bereits über Wochen dauert, ohne daß eine Aenderung eingetreten wäre, nimmt seinen Fortgang, bis die Unternehmer ihren ablehnenden Standpunkt aufgegeben haben werden. Die Unternehmer, die sich vergeblich nach arbeitswilligen Monteuren umsehen, suchen nun ihre notwendigsten Arbeiten mit Leuten fertig zu stellen, die solche Arbeiten meist noch nie gesehen haben. Im Halleschen Röhrenwerk halten es die meisten dortigen Kollegen noch nicht für nötig, sich der Organisation anzuschließen und an der Bewegung teilzunehmen. Sie haben teilweise im Anfang der Bewegung ihr Ehrenwort gegeben, es aber später gebrochen und sind dann ihren Kollegen in den Rücken gefallen. Aber auch sie können die Aussichten auf Erfolg nicht vermindern. Die Namen der Arbeitswilligen sind folgende: Im Halleschen Röhrenwerk sind es die Monteure Leinhos, Prost, Endruloth und Knoxs, dieser ist nachträglich erst abtrünnig geworden und hat Arbeit im Röhrenwerk angenommen. Weiter arbeiten dort als Helfer, trotz der Aufforderung, es nicht zu tun, Teudloff, Heller und Pfennig. Die drei sollen organisiert sein. Bei der Firma Werneburg arbeitet der Monteur Schatten, sein Schwager Reutsch hilft ihm. Der Helfer Müller ist zum Monteur mit ziemlicher Zulage befördert worden, ebenso der Helfer Knoth. Der Kupferschmiedemeister Lehmann hat für die Firma die auswärtigen Arbeiten übernommen. Für die Firma Sachse u. Ko. hat sich ein Monteur Schönholz anwerben lassen, Blechschmiedemeister Richter führt für die Firma Arbeiten aus. Bei der Firma Schuster arbeitet der Kupferschmied Schürer. Er sowie der Brunnenbauer Kambach liefern augenblicklich in der Reilstraße in der Villa des Herrn Bode eine Musteranlage. Die Firma Schuster hat außerdem den Meister aus ihrer Filiale aus Forst hergeholt. Da nun die Helfer durch die veränderte Schglage gezwungen waren, ebenfalls am Streik teilzunehmen, ist auch für sie ein Tarif ausgearbeitet worden, der den Unternehmern bei etwaigen Verhandlungen unterbreitet wird. Der Kampf geht unverändert weiter. Wir ersuchen die organisierten Arbeiter, Solidarität zu üben und uns weiter zu unterstützen.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Kupferschmiede.

Der Streik der Holzarbeiter

in der Maschinenfabrik von Wegelin & Hübner ist durch Vergleichsverhandlungen mit der Direktion beendet worden. Die Arbeit ist heute morgen geschlossen wieder aufgenommen und ist deshalb die Sperre über den Betrieb aufgehoben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Halle.

* **Das Dienstags-Konzert im Volkspark,** das morgen, den 6. August, stattfindet, geht als Vokal- und Instrumental-Quartettabend vor sich. Das Cornettquartett unter Herrn Engelmanns Leitung bringt u. a. folgende vorzügliche Piecen: Die Kavelle von Kreutzer, Das einsame Röslein von Hermß, Gebet des Eremiten von Kießler, Abschied vom Walde von Mendelssohn, Die Einschiffung von Möhring, Polka-Mazurka von Pieper, Gute Nacht von Badawes und Festmarsch von Gumpert. Das Hallesche Männer-Gesangsquartett unter Herrn Kapellmeister Sonnabends Direktion bringt die Silcherschen Quartette In der Ferne, Aennchen von Tharau, Liebesscherz und Die Auserwählte, ferner Das einsame Röslein von Hermes, Der Starmatz von Angerer, Der Negersklave von Riva und Die Mühle im Tale von Dregert. Das äußerst reichhaltige und abwechslungsreiche Programm sollte jedem zu einem Besuche des Konzertes veranlassen. Bei ungünstigem Wetter wird das Programm im Saale abgewickelt.

* **Benefiz-Konzert für das Stadttheater-Orchester in Wittekind.** Man schreibt uns: Schon oft wurde in hiesigen Blättern eine musikalische Veranstaltung des Sommers 1912 als der Höhepunkt der Ereignisse bezeichnet. Es soll nicht untersucht werden, ob sich tatsächlich das Ergebnis von Konzert zu Konzert gesteigert hat. Wenn sich aber, wie bei dem für Sonnabend, den 10. August, abends 8 Uhr, in Bad Wittekind angesetzten Benefiz-Konzert zum Besten des Stadttheater-Orchesters drei so bedeutende künstlerische Faktoren die Hände reichen, wie der 1. Kapellmeister des Stadt-

Der letzte Tag

nur Leipziger-strasse 3 (altes Geschäft).

von Friedrich Oehlschlägers Inventur-Ausverkauf ist

Mittwoch der 7. August.

Ihr Interesse ist es, wenn Sie noch die Vorteile dieses Verkaufes wahrnehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120806-15/fragment/page=0006

theaters, Herr Carl Ohnesorg (der bekanntlich als Nachfolger Mörikes verpflichtet wurde), ferner der stimmgewaltige Bassist, Herr Kammersänger Franz Schwartz, und dann der Benefiziant selbst, unser vielbeschäftigtes Stadttheater-Orchester, kann man wohl mit Ottini ausrufen: „Höher geht's nimmer!" In der kurzen Zeit seines Bestehens in der jetzigen Gestalt ist das Stadttheater-Orchester zu einer Körperschaft ausgestaltet worden, die in dem Hallischen Kunstleben eine unentbehrliche Rolle spielt. So ist denn für das Sonnabend, den 10. August stattfindende Benefiz-Konzert, dessen gesamter Ertrag den Mitgliedern des Orchesters zugute kommen soll, den fleißigen Musikern ein bis auf den letzten Platz besetzter Garten zu wünschen.

Das Programm bringt eine Reihe von Neuheiten und ist von dem Dirigenten des Abends, Herrn Ohnesorg, mit ausserlesenem Geschmack zusammengestellt. Der Eintrittspreis ist auf 50 Pfennig inkl. städtischer Billettsteuer (für jedermann) festgesetzt und sind schon jetzt Billetts im Vorverkauf in den Hofmusikalienhandlungen Heinrich Hothan und Reinhold Koch erhältlich. Das vollständige Programm wird morgen im Inseratenteil des Volksblattes veröffentlicht.

* **An die Eltern und Vormünder**, deren Kinder bezw Mündel in sogen. Stadtmusiklehren den Musikerberuf erlernen, möchte der unterzeichnete Verband die ergebene Bitte richten, ihm nähere Auskunft über die sanitäre und musikalische Beschaffenheit derselben zukommen zu lassen, desgleichen darüber, ob den dortigen Fortbildungsschulen besondere Fachklassen für Musiker angegliedert sind, da zwecks Erzielung gesetzlicher Schutzverfügungen umfangreiches Material erwünscht ist.

Das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes,
Berlin N, 4, Chausseestraße 131.

Wahrsagen kein berechtigtes Gewerbe. In Sachsen ist es vorgekommen, daß einzelne Polizeibehörden Wahrsagern einen Gewerbeschein zur Ausübung des Wahrsagens an ihrem Wohnorte ausgestellt haben. Nunmehr hat das sächsische Ministerium des Innern eine Verordnung herausgegeben, wonach die Ausübung des Wahrsagens als eine erlaubte Erwerbstätigkeit im Sinne des § 1 der Reichs-Gewerbe-Ordnung nicht angesehen werden kann, da sie, wie die Verordnung besagt, regelmäßig auf eine Täuschung der Beteiligten hinauslaufe und den guten Sitten widerstreite.

Mit solchen Ministerialerlassen richtet man gegen die Wahrsagerei nichts aus; erfolgreich wird dieser Schwindel nur durch Aufklärung bekämpft. Möge der Staat daher für gute Volksschulen sorgen und die Aufklärungsarbeit der organisierten Arbeiterschaft nicht unterbinden.

* **Ein merkwürdiges Kaufmannsgerichts-Urteil.** „Sie haben Ihre Reisetätigkeit für uns sofort einzustellen". Ein Reisender, dem von seiner Firma so geschrieben war, wollte diese Wendung nicht als eine Kündigung seiner Stellung aufgefaßt haben, sondern nur als ein Zurückverordnen von der Tour, im übrigen habe er sich zur Disposition zu halten. Die Firma dagegen vertrat vor dem Kaufmannsgericht den Standpunkt, in der vor ihr gebrauchten Wendung liege die Kündigung. Das Kaufmannsgericht war derselben Ansicht. Die Tätigkeit eines Reisenden liege eben darin, daß er reise, auf der Reise die alten Kunden besuche und neue hinzuzugewinnen sich bemühe. Werde ihm geschrieben, daß er seine Reisetätigkeit einzustellen habe, dann sei ihm deutlich damit zu verstehen gegeben, daß die Firma auf seine ferneren Dienste verzichte und ihm seine Stellung aufkündige.

* **Einfaches Mittel gegen Mücken und Stechfliegen.** Die tropische Hitze der vergangenen Wochen hat Mücken und Stechfliegen in Mengen gezeitigt. Menschen und Tiere haben durch diese zu leiden. Der durch Mückenstiche hervorgerufene Schmerz wird schnell und völlig dadurch beseitigt, daß die schmerzende Stelle angefeuchtet und mit einem Stück Zucker so bestrichen wird, daß sich ein kleiner Teil davon ablöst. Durch den sich bildenden Zuckersaft wird der Stoff, der durch den Mückenstich in die Haut gelangt ist, neutralisiert, wodurch in wenigen Minuten der Schmerz völlig schwindet. Auch wird dadurch zugleich eine etwaige Anschwellung der gestochenen Stelle verhindert, oder wenigstens vermindert. Je schneller jenes Mittel angewendet wird, desto sicherer ist der Erfolg. Das Mittel hat sich auch bei Stichen von Stechfliegen außerordentlich wirksam erwiesen.

* **In die Saale gefallen.** Am Sonntag früh wollten vier junge Leute einen Fischerkahn über das Wörmlitzer Wehr ziehen. Dabei fiel einer von den jungen Leuten in das Wasser. Durch zwei Angler wurde der junge Mann dem nassen Element entrissen.

* **Selbstmordversuche.** Vom Saalberg sprang am Sonntag früh eine Frau in die Saale. Durch den Fischer Knöchel wurde die Selbstmörderin aus dem Wasser gezogen. Der Grund zu dem mißglückten Versuch soll in den häuslichen Verhältnissen liegen. — Ein Friseur versuchte sich auf dem Parkplatz mit Salzsäure zu vergiften. Er verletzte sich jedoch nur ganz unerheblich.

* **Schlägereien.** Mehrere Schlägereien fanden in vergangener Nacht statt, und zwar auf der Großen Ulrichstraße, auf dem Schlamm, in der Robert Franzstraße und auf dem Marktplatz.

* **Unehrlich Volk.** Unbekannte Täter brachen gestern in die Baubude eines Neubaues auf dem Ratswerder ein. Was gestohlen worden ist, steht zurzeit noch nicht fest. — Ferner wurde ein Einbruch in der Landsberger Straße verübt, wobei den Tätern jedoch nur einige Mark Geld und eine Taschenuhr in die Hände fielen. — Einem 5 Jahre alten Mädchen wurde in der Goethestraße von einer Schülerin aus der Handtasche 1 Mk. entwendet. — Schließlich wurde noch aus dem Baubüreau des Reformrealgymnasiums ein Revolver gestohlen. Auch hier fehlt von dem Täter jede Spur.

* **Von der Straße.** In der Reilstraße wurde ein Geschirrführer bei dem Versuche, sein Gefährt während der Fahrt zu besteigen, überfahren und erheblich verletzt. — In der Gr. Steinstraße fiel Sonntag gegen abend ein größeres Stück Putz von einem Hause, ohne jedoch jemanden zu treffen. — In der Triststraße entstand ein geringfügiger Wasserrohrbruch.

* **Das „Auto" in den Straßen.** In der Mansfelderstraße wurde am Sonntag mittag der siebenjährige Sohn des Kesselschmieds Lehmann aus der Bergstraße von einem Automobil überfahren. Schwerverletzt wurde der Knabe in die elterliche Wohnung gebracht. — Von einem Kraftfahrzeuge wurde auf dem Advokatenwege ein Radfahrer umgefahren, wobei dieser jedoch mit leichten Abschürfungen davonkam. Den Führer des Kraftwagens soll die Schuld an dem Unfall treffen. — Eine Kraftdroschke stieß in der Leipzigerstraße mit einem Kutschgeschirr zusammen. Infolgedessen scheuten die Pferde und gingen durch. Ein Kaufmann, der sie aufzuhalten versuchte, wurde zu Boden geschleudert und erheblich verletzt. Auf der Neuen Promenade stürzte das Sattelpferd, wodurch das Geschirr zum Stehen kam.

Vereins- und Vergnügungs-Kalender.

Saaledampfschiffahrt Karl Demmer u. Sohn. Morgen, Dienstag, und Donnerstag finden große Konzertfahrten nach Rothenburg statt. Alle Tage 3 Uhr nachmittags nach Neuragoczy. Näheres siehe Inserat.

Ammendorf. Schadenfeuer. Am Sonnabend entstand in der Baubude des Herrn Lehmann ein Feuer. Die in der Bude befindlichen Kleidungsstücke der Arbeiter verbrannten. Durch die Arbeiter wurde das Feuer gelöscht, wobei der Arbeiter Dietrich Brandwunden an den Händen erlitt. Das Feuer soll durch eine weggeworfene Zigarette entstanden sein.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,
Harz 42/43, Hof, 2 Treppen.
Sprechstunden nur Wochentags von 11½—1½ Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen. — Telephon Nr. 1541.

Kreistag des Wahlkreises Mansfeld.

Im Restaurant Hohenzollern zu Eisleben fand am gestrigen Sonntag, vormittags ¾11 Uhr beginnend, der diesjährige Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Mansfeld statt. Es waren insgesamt 46 Delegierte anwesend, darunter 3 Genossinnen. Für die Bezirksorganisation waren erschienen der Genosse Schmidt und der Parteisekretär Drescher, vom Volksblatt die Genossen Ilgner, Gelbar und für die Redaktion Genosse Kasparek. Genosse Weier begrüßte namens der Kreisleitung und des Sozialdemokratischen Vereins die Delegierten und wünschte den Verhandlungen den besten Erfolg. Nachdem der Gesangverein Hoffnung das herrliche Lied Empor zum Licht recht stimmungsvoll zum Vortrag gebracht, ergriff der Kreisvorsitzende Genosse Christange das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung: Geschäftsbericht. Der Berichterstatter wies, hinweisend auf den gedruckten Bericht, zunächst auf die verflossene Reichstagswahl hin, die uns zwar nicht das Mandat, so aber doch glänzende Stimmenerfolge gebracht hat. Der vorige Kreistag stand unter dem Zeichen des Dynamitattentats in Heldra, das die Gegner inszeniert hatten, um unsere Partei, und insbesondere unsere Kandidaten, mit solch schofelen Mitteln herabzuwürdigen. Die Tatsachen haben uns gelehrt, daß dieser Trick nicht verfangen hat. Weniger günstig sind die Gemeindevertreterwahlen ausgefallen; es gingen uns einige Mandate verloren, die bei einigermaßen gutem Willen der in Frage kommenden Genossen hätten glänzend behauptet werden können. Weiter ging der Redner auf die Lokalfrage ein und ersuchte, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die uns zur Verfügung stehenden Lokale auch unterstützt werden, sonst könnte die Vereinstätigkeit Schaden erleiden. Soll die Bewegung weiter fortschreiten, dann müßten vor allen Dingen auch die Vertrauensleute voll ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Jeder einzelne muß dazu beitragen, die Massen politisch durchzubilden, damit die nächste Reichstagswahl mit einem vollen Siege endige.

Genosse Sielaer machte zu dem im Volksblatt gleichfalls abgedruckten Kassenbericht einige ergänzende Ausführungen und rügte die unpünktliche Abrechnung einiger Orte. Die Pflichtbeiträge müßten voll an die Kreiskasse abgeführt werden, damit diese gleichfalls ihren Pflichten gegenüber anderen Korporationen nachkommen könne. Unbedingt müsse gefordert werden, daß die Abrechnungen pünktlicher einlaufen. Nach einer kurzen Debatte wurde folgender von Eisleben gestellter Antrag angenommen: Die Anträge sind bis 1. Juli einzureichen, damit sie in den Mitgliederversammlungen debattiert werden können.

Ein weiterer Antrag, einem verunglückten Genossen aus Kreiskassenmitteln eine Unterstützung zu gewähren, wurde ebenfalls der Kreisleitung überwiesen. Genosse Christange wies noch auf den Maifonds hin und ersuchte die Genossen, auch in dieser Beziehung voll ihre Pflicht zu tun. Dem Kassierer wurde darauf einstimmig Entlastung erteilt.

Ueber Agitation und Organisation sprach Genosse Heinrich. Redner führte aus, daß der gewaltige Stimmenzuwachs bei der Reichstagswahl für jeden Anlaß sein müsse, weiter für die Partei zu arbeiten. Unsere höchste Aufgabe müsse es sein, die Reihen zu stärken. Namentlich müsse die Zurückhaltung der Gewerkschaftsgenossen überwunden werden. Zu diesem Zwecke empfahl Redner, mehr wie bisher die Hausagitation zu betreiben. Allerdings dürfe man bei Mißerfolgen nicht sofort die Flinte ins Korn werfen, denn nur Ausdauer führe zum Ziele. Die beantragte Beitragserhöhung möge der Kreistag beschließen. Die politische Situation werde immer gespannter, dadurch werden die Kämpfe schwieriger und kostspieliger. Im Interesse der Partei liege es, wenn sie jeden Augenblick, unterstützt durch gute Kassenverhältnisse, den aufgezwungenen Kampf aufnehmen kann. Ganz besonders müsse die Agitation für das Volksblatt betrieben werden. Mangels einer eignen Meinung beziehe die Kreisblattpresse den Inhalt ihrer Zeitungen aus dem Reichsverbandsbaubureau. Das Abonnieren dieser Presse sei eine mittelbare Unterstützung des Reichsverbandes. Jeder aufgeklärte Arbeiter müsse zur Erkenntnis dieser Tatsache gebracht werden. Besonders bei Lohnkämpfen ist die Presse ein wirksames Mittel zur Unterstützung der Forderungen der Arbeiter. Daß das Volksblatt die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum mit aller Schärfe vertritt, beweise die Aufmerksamkeit des Staatsanwalts. Um die Mitglieder immer auf dem Laufenden zu halten und genügend über die politischen Vorgänge aufgeklärt zu werden, müßten regelmäßig monatlich Mitgliederversammlungen abgehalten werden. Es würde sich auch empfehlen, in den Zusammenkünften Vorträge halten zu lassen, durch die das Wissen der Mitglieder bereichert wird. Gerade in der Bildungsfrage müsse noch viel in Mansfeld nachgeholt werden. Deshalb sei die vom Gewerkschaftskartell vorgeschlagene Gründung eines Kreisbildungsausschusses zu begrüßen. An den Delegierten würde es liegen, den Plan durch ihre Zustimmung zu verwirklichen. Redner weist auf die sogenannte „nationale Jugendbewegung" hin, für die in unserem Kreise die Mansfelder Gewerkschaft ganz besonderes Interesse habe. Das geschehe aber nicht etwa aus Liebe zu den Jugendlichen, sondern zu dem Zwecke, sich damit eine gelbe Schutzgarde heranzubilden. Ueberall habe das Mansfelder Grubenkapital Spielplätze zur Verfügung gestellt, außerdem den Ortsvereinen des Jungdeutschlandbundes einen Projektionsapparat mit reichhaltigen Bilderserien zur Verfügung gestellt. Im Herbst veranstaltet das Gewerkschaftskartell Vortragskurse über die Reichsversicherungsordnung; an ihnen können alle diejenigen Arbeiter teilnehmen, die auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Es müsse Aufgabe der Partei und der Gewerkschaften sein, wie bisher, vereint den gemeinsamen Gegner zu bekämpfen. Scheinen auch die Hindernisse als unüberwindlich, dem gemeinsamen Drängen beider werde es gelingen, die Schwierigkeiten zu überwinden. In der Diskussion fragte ein Genosse an, ob für die nationale Jugend die Bestimmungen während der sonntäglichen Kirchzeit keine Gültigkeit hätten. Es solle in Bennstedt vorgekommen sein, daß Jungdeutschlandjünglinge während des Gottesdienstes mit klingendem Spiel durch das Dorf gezogen seien. Der Vorgang sei um so bemerkenswerter, weil an diesem Tage im nahen Zappendorf ein Fest der Arbeiter-Radfahrer verboten wurde; nicht weniger als sieben Gendarmen hätten dann in Zappendorf nachmittags aufgepaßt, daß das Verbot nicht übertreten würde. Genosse Kasparek machte auf die Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung aufmerksam. Er wies darauf hin, daß die Mansfelder Gewerkschaft Tausende von Mark für die sogenannte Jugendpflege ausgegeben habe. Mehr wie bisher müsse man der proletarischen Jugendbewegung seine Aufmerksamkeit widmen. Eine ganze Anzahl von Delegierten sprachen in der Diskussion über diesen Punkt.

In der Diskussion erklärten sich die Delegierten durchweg mit dem Antrag auf Einführung des Zehnpfennig-Wochenbeitrages für männliche Mitglieder und der Erhöhung des Wochenbeitrages für Frauen auf 15 Pf. wöchentlich einverstanden. Bei der darauf folgenden Abstimmung gelangte der diesbezügliche Antrag einstimmig zur Annahme.

Genosse Christange sprach sodann über die preußischen Landtagswahlen. Er gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Genossen des Wahlkreises in eine ernstliche Wahlagitation eintreten müßten, um schon durch die Wucht der Stimmenzahl einen wirksamen Protest gegen das schändliche Dreiklassenwahlunrecht zu erheben. Die gelegentlich einmal aufgetauchte Idee eines Zusammengehens mit den Liberalen sei nicht zu empfehlen, da auf diese Herrschaften kein Verlaß sei. Mit Ausnahme eines Redners, der für Nichtbeteiligung an der Wahl eintrat, sprachen sich sämtliche Genossen dafür aus, daß die Wahlbewegung ein gutes Mittel sei zur Gewinnung neuer Anhänger. Der Kreistag beschloß sodann in diesem Sinne.

Zum Punkt Presse referierte Genosse Ilgner, der betonte, daß die eingegangenen Beschwerden geprüft und mit den betreffenden Instanzen zur Zufriedenheit beider Teile erledigt worden seien. Das vergangene Geschäftsjahr, das im Zeichen des Reichstagswahlkampfes stand, bedeute einen Fortschritt auf der ganzen Linie. Während des Wahlkampfes seien in allen Kreisen insgesamt 47 neue selbständige Filialen gegründet worden. Noch nie wäre in einem Jahre eine so große Zahl neuer Filialen ins Leben gerufen worden. Redner sprach die Hoffnung aus, daß auch in Zukunft die Kreisleitungen energisch der Gewinnung neuer Volksblattleser ihre Aufmerksamkeit schenken werden. Vergleiche man die Zahl der abgegebenen sozialdem. Stimmen mit der Zahl der Leser der Parteipresse, so ersehe man, daß es noch viel gutes Land zu ackern gäbe. Hier gelte es, einzusetzen, um jeden Wähler auch zum Leser des Volksblattes zu machen. Für Strafen und Gerichtskosten mußten wieder über 7000 Mark gezahlt werden. Um gegen alle Schläge gerüstet zu sein und um auch den Frauen etwas mehr Lesestoff zu bieten, wird eine Erhöhung des Abonnementsbeitrages nicht zu umgehen sein. Im Herbst wird eine umfassende Agitation zur Gewinnung neuer Volksblattleser vorgenommen. Redner ersucht um eifrige Unterstützung dieser wichtigen Arbeit. — Genosse Schmidt-Halle ersucht, in den einzelnen Orten Zeitungskommissionen einzusetzen, um eine geregelte und sichere Geschäftsführung zu ermöglichen.

In Verbindung damit wurden einige Anträge, so einer, der auf Verbilligung der Anzeigenpreise hinzielte, beraten. Der Antrag wurde dem Verlag zur Prüfung überwiesen. Zwei weitere die Redaktion angehende Anträge wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Eine Beschwerde wegen Nichtaufnahme eines Berichts im provinziellen Teil wurde allseitig als unberechtigt zurückgewiesen.

Aus Sparsamkeitsrücksichten soll diesmal von einer Delegation zum deutschen Parteitage abgesehen werden. Zum Preußentag wurde Genosse Christange delegiert. Die Beschickung des Bezirkstages wurde den Orten Gerbstedt, Ziegelrode, Mansfeld, Amsdorf und Augsdorf überlassen.

Der bisherige Vorsitzende und Kassierer wurden wiedergewählt. Die Besitzer wählt der Eisleber Ortsverein. Die Anträge Helbra, die auf die Besetzung der Aemter Bezug hatten, wurden abgelehnt. Zu dem jährlich stattfindenden Kreisparteifest lagen verschiedene Anträge vor. Es wurde beschlossen, in Zukunft kein Kreisparteifest mehr abzuhalten. — Ein Antrag Helbra wünschte, daß mehrere Orte die Maifeier am Tage gemeinsam begehen. Dieser Antrag wurde der Kreisleitung zur Berücksichtigung überwiesen. — Der übliche Diätensatz sollte gemäß eines Antrages geändert werden. Der Antrag wurde abgelehnt. — Dem Genossen Siegel, welcher der erste sozialdemokratische Kandidat des Kreises war, brachte der Kreistag aus Anlaß seiner Rückkehr aus dem Exil die brüderlichsten Grüße dar.

Mit dem Wunsche, daß die Parteigenossen auch im kommenden Jahre treu für die Partei arbeiten, wurde der Kreistag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Aus der Provinz.

10. Kreisturnfest

des zweiten Kreises des Arbeiter-Turner-Bundes in Dessau.

Wochenlang hatten die Reichsverbändler die Behörden gegen die Arbeiterturner und ihr Turnfest scharf gemacht. Die Herren verlangten nicht mehr und nicht weniger, als daß der Gemeinderat die Genehmigung zur Benutzung des Feuerwehrübungsplatzes als Turnplatz, die im April 1911 erteilt worden ist, zurücknehmen sollte. Das Kreisturnfest sollte dadurch in Dessau unmöglich gemacht werden und die anhaltische Residenz vor einer neuen Demonstration der „immer dreister auftretenden Sozialdemokratie" bewahrt werden. Die einmal erteilte Genehmigung konnte der Gemeinderat nun nicht mehr gut zurückziehen, „aber es ist das letzte Mal", so erklärte der Redner der Nationalliberalen in öffentlicher Sitzung, „daß sie gegeben worden ist". Konnte man das Fest an sich nicht mehr verhindern, so sollte doch alles geschehen, es so klein und unscheinbar wie möglich zustande kommen zu lassen. Dem Ausschuß des Arbeiterturnfestes wurden deshalb alle nur erdenklichen Schwierigkeiten gemacht. Nicht einmal ein Willkommensschild am Platze vor dem Bahnhofe, das bisher jeder Hanswurstverein errichten durfte, wurde gestattet. Und dennoch stand Dessau seit den Nachmittagsstunden des Sonnabends nur noch im Zeichen des Arbeiterturnfestes.

Um ½8 Uhr abends begannen im Tivoli, dem größten und schönsten Lokale der Stadt, das Eigentum der modern organisierten Arbeiter ist, der Festkommers, bestehend in Konzert und turnerischen Aufführungen. Bald nach Beginn des Kommerses waren 3000 Personen, von denen 1400 auf die auswärtigen Turner entfielen, in dem Lokale anwesend. Die turnerischen Leistungen waren durchweg sehr gut. Besonders hervorgehoben werden müssen die der Dessauer am Reck, die der Kreisriege am Pferd und die der Fermersleber in der Akrobatik. Sehr schön war das Keulenschwingen der Braunschweiger (ein Turner und fünf Turnerinnen) und die Barrenpyramiden der Greppiner. Um 12 Uhr war der Kommers zu Ende.

Am Sonntag strebten die Turner schon vor 6 Uhr morgens dem Turnplatz zu. Im Steigerturm der Feuerwehr war ein ansehnliches Schauwettmannsaufgebot versammelt. Gleich nach 6 Uhr begann das Wertungsturnen in Ballwerfen, Steinstoßen, Freiübungen, Weitsprung und Hürdenlaufen, woran 440 Turner teilnahmen. Um 9 Uhr mußte das Turnen auf Anordnung der Polizei abgebrochen und durfte erst um 11 Uhr wieder fortgesetzt werden. Die Turner benutzten die Zwischenzeit, um sich in der Stadt zu restaurieren. Auf dem Turnplatz sind zwar von der Geschäftsleitung des Tivoli große Schanzzelte errichtet worden, aber ein Ausschank durfte darin vor 3 Uhr nachmittags nicht erfolgen, auf Anordnung der Polizei. Von 11 bis 12½ Uhr mittags fanden Wettspiele statt in Faustball, Schlagball, Barlauf und Stafettenlauf.

Beim Wertungsturnen errang ein Mitglied des Vereins Wehlitz bei Schkeuditz 67 Punkte. Ein Mitglied desselben Vereins und eins des Fermersleber erzielten je 61 Punkte, je 60 Punkte ein Mitglied des Dessauer und Sudenburger Vereins. Ueber 50 Punkte erzielten 80 und über 40 Punkte 70 Vereine. Im Hürdenlaufen errang ein Mitglied des Vereins Burg 17 Punkte und die gleiche Anzahl Punkte im Weitsprung je ein Mitglied der Vereine Sudenburg, Jeßnitz und Klein-Wittenberg. Im Steinstoßen holte sich je ein Mitglied der Vereine Fermersleben, Dessau und Magdeburg-Neustadt 15 Punkte. Sie warfen den 15 Kilo schweren Stein 6,25 Meter weit. Beim Ballwerfen warf ein Mitglied des Vereins Wehlitz den Ball 73 Meter weit und errang damit 20 Punkte. Die gleiche Punktzahl erreichte ein Mitglied des Vereins Salbke-Westerhüsen. Das sind großartige Leistungen.

Pünktlich um 3 Uhr nachmittags setzte sich der Festzug in Bewegung. Die Teilnehmerzahl ist mit 3000 eher zu niedrig als zu hoch angegeben. Der Vorbeimarsch des Zuges dauerte 25 Minuten. Eine Anzahl Vereine hatten sehr gute eigene Tambourkorps. Während des Turnens mußte die Hilfe der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz, die auch im Zuge mitging, vielfach in Anspruch genommen werden, doch handelte es sich glücklicherweise in allen Fällen nur um leichtere Verletzungen. Die Schülerabteilungen von Dessau und Bernburg durften im Festzuge nicht mitmarschieren, die Polizei hatte es streng verboten. Die Knaben bildeten deshalb an zwei Stellen der Stadt während des Vorbeimarsches des Zuges Spalier und riefen den Vorüberziehenden ein „Frei Heil" zu, wodurch sie noch größeres Aufsehen erregten, als wenn sie nur im Zuge mitgegangen wären. Nach dem Umzuge begann das Turnen mit den Keulenübungen der Turnerinnen, die sehr gut ausfielen. Ihnen folgten die Freiübungen der Turner, woran etwa 1000 Mann teilnahmen. Dann folgte das Geräteturnen. Und auch hier konnte man an jedem Gerät so viel Kraft, Mut, Geschicklichkeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120806-15/fragment/page=0007

und ruhige Ueberlegung beobachten, daß das Schauen eine reine Lust wurde. Großartiges, ja Meisterhaftes wurde allenthalben geleistet. — Zu früh, viel zu früh für die Zuschauer ging die Sonne zur Neige und verkündete ein Trompetensignal das Ende des Turnens. Ein letztes Aufmarschieren, noch einmal „Lieder stimmt an", ein letztes „Frei Heil" und das 10. Kreisturnfest in Dessau war beendet. Viele zogen nach dem Bahnhof, um heimwärts zu fahren, manche blieben noch in Dessau, um am Montag an dem Ausflug nach Wörlitz teilzunehmen. Aber sie alle werden Dessau verlassen haben in dem Bewußtsein, daß durch das Fest der Arbeiterturnsache wieder neue Anhänger gewonnen worden sind.

Merseburg. Frauen-Diskussions-Abend. Morgen, Dienstag, abends 8½ Uhr, finden sich die Genossinnen wieder zu einem für Frauen bestimmten Diskussionsabend ein. Es wird um recht rege Teilnahme gebeten.

Bahnhof Corbetha. Die Buddelei mit Erdarbeiten ist hier in außerordentlichem Umfange im Gange. Wer seit einem halben Jahre nicht hier gewesen ist, kennt die Gegend nicht wieder. Wo früher ein freier Blick war, bis zu den Türmen von Merseburg hin, da sperrt jetzt ein acht Meter hoher Wall alle Aussicht ab. Nur durch acht Gucklöcher in diesem Wall kann man die Landschaft noch betrachten. Denn über nicht weniger als acht Bogen geht die Straße nach Kayna hinweg. Zwei Gleise der Leipziger Strecke und eins der Thüringer Bahn sind sogar tief unter der Erdboden-fläche verlegt worden. Will man nach Wengelsdorf, muß man erst den Wall erklegen, was jetzt dadurch bequem gemacht worden ist, daß man den Auf- und Abstieg dicht mit Eisenbahnschwellen belegt hat, weil in dem noch lockeren Erdreich die Wagen versunken wurden. Inzwischen ist man damit beschäftigt, noch einen Nebenweg aufzuschütten, der hinter dem Millionenhause und dem Paradiese hinweg die Verbindung mit dem sogenannten Schwarzen Wege herstellt, damit man auch von dort aus Kayna erreichen kann. Zu dem alten Kaynaschen Wege wird eine Lücke gegraben und eine Brücke darüber gebaut, damit die Güterzüge da durchfahren können. Bis das alles vollendet ist, wird wohl das Ende des Jahres herbeikommen.

Roßbach. Eröffnung der Bahn. Der Betrieb der neuen Strecke Roßbach—Weißenfels dürfte in den nächsten Tagen in vollem Umfange aufgenommen werden. Die Züge werden nach der Kopfstation Weißenfels gebracht, von wo aus die Staatsbahn die einzelnen Züge nach Bedarf zur Weiterbeförderung übernimmt. Es werden bis 400 Waggons täglich befördert.

Lützkendorf. Allzu scharf macht schartig. Neue Besen kehren gut, aber nicht lange. So kann man sagen, wenn man die Verhältnisse auf der Grube Cäcilie betrachtet. Es ist dort üblich geworden, daß fast für jeden Arbeiter ein Aufpasser vorhanden ist. Verschiedene Meister und Aufseher wetteifern untereinander um die Gunst der Werksleitung. Bei dem geringsten Versehen der Arbeiter setzt man Geldstrafen auf, und wenn er sich gegen die Strafe verteidigen will, so droht man ihm mit Entlassung. Daß aber Geldstrafen von 1—3 Mk. für den Arbeiter bei einem Lohne von täglich 3,50 Mk. eine empfindliche Strafe ist, wird jeder verstehen. Lohnerhöhungen gewährt die Grube Cäcilie nur in den allerseltensten Fällen. Trotzdem ein Teil Arbeiter schon eine Anzahl Jahre auf der Grube beschäftigt sind, will man sie mit der jetzigen Behandlung wohl fortgraulen. Arbeiter, die sich früh oder abends etwas später, aus irgend einem entschuldbaren Grunde, zur Schicht einfinden, schickt man einfach wieder nach Hause. Ob das im Interesse des Werkes liegt, bezweifeln wir und glauben auch kaum, daß es im Einverständnis mit der Direktion geschieht. Fest steht, daß der Zustand für die Dauer nicht erträglich ist, deshalb raten wir den Herren nur, den Bogen nicht zu straff zu spannen, sonst könnte er einmal platzen.

Nebra. Ein verhängnisvoller Möbeltransport. Ein beladener, zirka 100 Zentner schwerer Möbelwagen sollte von Wiehe nach Nebra gefahren werden. Um nun den kürzesten Weg zu haben, fuhr man über Großwangen, wo die Chaussee neu gepflastert wird. Trotzdem das Fahren dort nicht gestattet ist, ließen die Arbeiter den schweren Möbelwagen passieren und — das Malheur war da. Das Pflaster gab auf der einen Fahrseite nach, der Möbelwagen wankte und flog um. Mittels Winden mußte man den Möbelwagen wieder in die Höhe bringen, und das Unglück war beseitigt. Den Möbeln dürfte der Umsturz nicht gut bekommen sein.

Ahlsdorf. Vorsicht, die Taichen zu! Auch die hiesigen Patrioten scheinen jetzt von dem Luftschiff-Fieber ergriffen worden zu sein. Im allgemeinen herrscht hier die alte Mode, daß Schuljungens sonst zu Einsammlungen verwendet werden. Da man aber damit keine großen Erfolge zu verzeichnen hat, laufen jetzt Dorfschöffen umher, um ein Scherflein für die Luftflotte zu sammeln. Wir können den Patrioten nur immer wieder raten, keinen Pfennig dafür auszugeben. Wer Interesse daran hat, mag sich soviel Luftschiffe kaufen wie er will. Arbeiter, die täglich Opfer an Gut und Blut bringen müssen, denen man die Lebensmittel künstlich verteuert, soll man mit diesen Schnorrereien verschonen.

Sangerhausen. Ein alter Sünder. Am Freitag wurde der 76jährige Invalide Hebener verhaftet und dem Amtsgerichts-Gefängnis zugeführt. H. hatte an Kindern von 9 und 10 Jahren unsittliche Handlungen vorgenommen.

— Selbstmordversuch. Eine schwere Schußverletzung in der Magengegend brachte sich der in der Aktien-Maschinenfabrik beschäftigte 20jährige Schlosser Reinhold Blatt aus Riestedt in selbstmörderischer Absicht bei. Er wurde in das Krankenhaus gebracht, wo man hofft, ihn am Leben zu erhalten. Grund zu der Tat soll Liebeskummer sein.

Delitzsch. Abgestürzt ist der hier wohnhafte in Leipzig beschäftigte Bauarbeiter Otto Hermann. Er stürzte infolge eines Fehltrittes aus der ersten Etage auf die Straße herab. Der bedauernswerte Mann erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde mittels Rettungsautomobils nach dem Stadtkrankenhaus übergeführt. Der Verunglückte ist 36 Jahre alt.

Bitterfeld. Verhaftet wurde der polnische Arbeiter Troczinski, der zuletzt in der Kapitoschen Ziegelei in der Dresdenerstraße beschäftigt war. Er hat in einer der letzten Nächte in der Ziegelei einen Einbruch verübt und in derselben Nacht im nahen Reinsdorf ein Fahrrad gestohlen; außerdem werden ihm noch weitere Diebstähle zur Last gelegt. — Altertumskunde auf dem Hohen Fläming. Bei dem Dorf Mergendorf wurden einige Hünengräber entdeckt, die unter fachmännischer Leitung geöffnet wurden und die eine Reihe von guterhaltenen Töpfen und Krügen enthielten. Das Alter der Gräber wird auf zirka 3000 Jahre geschätzt. Die ausgegrabenen Gegenstände wurden dem Halleschen Museum überwiesen. — Ein gefährlicher Kinderfreund ist der Fleischer Wilhelm Wegener von hier. In der letzten Strafkammersitzung hatte er sich wegen eines Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einem elfjährigen Mädchen zu verantworten. In Abwesenheit der Eltern war W. in deren Wohnung gegangen und hatte das Kind durch unzüchtige Reden und Handlungen belästigt. Obwohl einige Zeugen recht belastend aussagten, bestritt der Unhold fortgesetzt die Tat, sodaß eine lange Vorunterluchung nötig war. Der Angeklagte wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Vom Staatsanwalt war ein Jahr beantragt worden. — Eine Verbrecherlaufbahn hat der 58jährige Agent Weferman aus Querstädt hinter sich. Außer einigen Gefängnisstrafen hat er ca. 30 Jahre Zuchthausstrafe bereits verbüßt. Erst kürzlich ist W. wieder zu einigen Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Seine Spezialität ist der Schwindel mit Losen. Wegen dieses Vergehen steht er erneut vor Gericht. W. hatte dem Mühlenbesitzer Nitsche in Sachau bei Pretzsch zwei Schlußscheine der Braunschweiger 20 Taler-Lose für 45 Mk. verkauft und dem Käufer einen sichern Gewinn in Aussicht gestellt. Erst nach längerer Zeit bemerkte Nitsche, daß die Scheine gefälscht waren. Der Angeklagte gab den Schwindel ohne weiteres zu und erhielt eine Zusatzstrafe von einem Jahr Zuchthaus und 150 Mk. Geldstrafe, eventuell zehn Tage Zuchthaus

Torgau. Gegen den Wassermangel in der Elbe. Die sächsische Regierung hatte, wie gemeldet, Vorstellungen erhoben gegen Maßnahmen tschechischer Elbstrombeamten, die den Wasserstand der Elbe dadurch willkürlich beeinflußten, daß sie das Wasser bei Borkowitz anstauten und dadurch einen erheblichen Rückgang des Wassers auf der sächsischen Strecke verursachten. Die Vorstellungen der sächsischen Regierung sind bereits von Erfolg gewesen. Der Statthalter von Böhmen, Graf Thun, hat Maßnahmen getroffen, um eine Wiederkehr dieser die deutsche Schiffahrt schwer schädigenden Umstände zu verhindern.

Soziales.

Fürsorgeerziehung.

Die rechtzeitige Anordnung der Zwangsfürsorge Jugendlicher verlangt die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung. An der Spitze des Blattes vom Donnerstag abend wird u. a. ausgeführt:

„Bereits zu verschiedenen Malen haben wir darauf hingewiesen, daß in zahlreichen Fällen die Fürsorgeerziehung zu spät angeordnet wird. Nicht allein, daß man völlig entgegen dem vorbeugenden Charakter dieser staatlichen Ersatzerziehung vielfach wartet, bis die Kinder völlig verwahrlost sind, anstatt sie den Eltern fortzunehmen, sobald sich nur die Anzeichen einer Verwahrlosung bemerkbar machen, und die häuslichen Verhältnisse keine Hoffnung auf Besserung geben, werden auch vielfach Gefängnisstrafen an solchen Jugendlichen vollstreckt, und erst, wenn sich die strafbaren Handlungen wiederholen, schreitet man zur Anordnung der Fürsorgeerziehung. Daß damit den Jugendlichen selbst und der Erziehungsarbeit nicht gedient ist, kann wohl nicht bezweifelt werden. . . . Um den berechtigten Klagen abzuhelfen, hat der Minister des Innern unter dem 19. Juni d. J. eine Verfügung betr. die Handhabung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger erlassen, in der er nach ausführlicher Darlegung der Rechtslage folgende Grundsätze für die Handhabung des Gesetzes aufstellt: 1. Die Einleitung der Fürsorgeerziehung ist nicht durch eine bereits vorliegende Verwahrlosung bedingt. Es genügt, daß die Gefahr der Verwahrlosung ernstlich droht. Zur Feststellung dieser Gefahr bedarf es nicht des Nachweises sichtbarer Spuren der Verwahrlosung bei dem Minderjährigen selbst. Aus dem sittlich durchaus verwerflichen Lebenswandel der Mutter, mit der der Minderjährige weiter zusammenleben müßte, kann z. B. die Gefahr der Verwahrlosung entnommen werden. 2. Die Subsidiarität der Fürsorgeerziehung erfordert nicht, daß vor ihrer Einleitung andere zur Verhütung der Verwahrlosung in Betracht kommende Mittel (Einwirkung von Kirche, Schule, Jnanspruchnahme der freien Liebestätigkeit, der Armenverwaltung) tatsächlich erprobt werden. Es genügt die Feststellung, daß nach den besonderen Umständen des Falles diese anderen Mittel nicht geeignet sind, oder nicht ausreichen, der Verwahrlosung vorzubeugen. 3. Auch bei Kindern, die lediglich durch das Zusammenleben mit ihren sittenlosen oder verbrecherischen Eltern der Verwahrlosung ausgesetzt sind, ist die Einleitung der Fürsorgeerziehung zulässig: a) wenn besondere erzieherische Maßnahmen geboten sind (dies wird regelmäßig bei Kindern, die die ersten Lebensjahre überschritten haben, der Fall sein), b) wenn die armenrechtliche Unterbringung wegen der Enge der Verhältnisse in dem verpflichteten Ortsarmenverband keine Gewähr dagegen bietet, daß die Kinder dauernd dem schädlichen Einfluß der Eltern entzogen bleiben, c) wenn bei über 14 Jahre alten Minderjährigen die Hilfsbedürftigkeit infolge der Erwerbsfähigkeit ausgeschlossen ist.

Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß es selbstverständlich nicht Zweck des Fürsorgeerziehungsgesetzes sein könne, jeden in seiner Erziehung gefährdeten, verlassenen oder verwahrlosten Minderjährigen in Fürsorgeerziehung zu bringen. Das Bemühen müsse vielmehr in erster Linie darauf gerichtet sein, das Band zwischen Eltern und Kindern aufrechtzuerhalten und diese gegebenenfallsmit Hilfe der kirchlichen Einwirkung, der Schulzucht, der Armenpflege, freiwilliger Liebestätigkeit oder vormundschaftsrichterlicher Anordnungen in den Stand zu setzen, eine geordnete Erziehung herbeizuführen. Besondere Beachtung verdienten die Fälle, in denen die Kinder während der Abwesenheit der auf Arbeit außer dem Hause angewiesenen Eltern der Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt seien. Hier werde die Bestellung einer besonderen Aufsicht vonseiten der Organe der freiwilligen Liebestätigkeit sich als ein geeignetes Mittel zur Abwehr der Gefahr erweisen. Auch darauf sei besonders Bedacht zu nehmen, einer auf wirtschaftlicher Notlage der Eltern beruhenden Gefährdung der Kinder durch rechtzeitige und ausreichende Unterstützung der Eltern seitens der Armenverwaltungen vorzubeugen.

Allerlei.

Dreipfennigzweck — 2½ Jahr Zuchthaus.

Vor der Würzburger Strafkammer fand am 1. August eine Verhandlung gegen die Tagelöhnereheleute Michael und Rosina Fessel wegen Verleitung zum Meineid statt. Die Vorgeschichte ist die: Am 11. Dezember v. J. bettelte die Fessel für ihren kranken Mann in einem Laden und erhielt ein Weck. Ein zufällig im Laden anwesender Schutzmann in Zivil fragte die F. um ihren Namen. Da sie ihm wiederholt einen falschen Namen angab, führte er die Frau nach der Wache, wo die Personalien festgestellt wurden. Es folgte ein Strafbefehl wegen Bettels auf eine Woche und wegen falscher Namensangabe auf zwei Tage Haft. Gegen die Bestrafung wegen der Bettelei erhob die F. Einspruch und die Verhandlung war auf den 25. April angesetzt. Vorher versuchte sowohl die Fessel als auch ihr Mann aus Furcht vor der Strafe den Schutzmann zu bestimmen, ein Auge zuzudrücken, auszusagen, er habe sich geirrt und so dafür zu wirken, daß Freispruch erfolge. In der gleichen Weise wirkten beide auch auf die Verläuferin ein, die den Weck hergegeben hatte. Beide Zeugen sagten aber wahrheitsgemäß aus und der Einspruch wurde verworfen. Die weitere Folge war aber die Anklage wegen Meineidsverleitung, die damit endete, daß die beiden Leute zu je einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und Ehrverlust auf drei Jahre verurteilt wurden. Und da behaupte noch einer, daß wir keine humane Gesetzgebung und dito Rechtsprechung hätten!

Sensationelle Unterschlagungen.

Großes Aufsehen erregen Unterschlagungen, die bei einer der bekanntesten Organisationen vaterländischer Stiftungen in Berlin verübt worden sind. Der Geschäftsführer Rolf der Deutschen Kanzlei, die unter anderem die Bismarck- und Felix-Dahm-Stiftungen umfaßt, entpuppte sich als ein raffinierter Schwindler, der in Wirklichkeit Rudolf Lenzer heißt und mit Zuchthaus vorbestraft ist. Der Vorsitzende der Deutschen Kanzlei, Notar Dr. Hahn, stellte fest, daß Rolf Urkundenfälschungen und Unterschlagungen begangen hat. Er übergab die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft, und es stellte sich heraus, daß Rolf bereits eine verbrecherische Vergangenheit hat. Die genaue Höhe der Unterschlagungen steht noch nicht fest. Es soll sich um 30 000 bis 40 000 Mark handeln, um welche die zur Kanzlei gehörenden Vereine geschädigt sind.

Unwetterschäden.

Ein fürchterliches Unwetter richtete im Kreise Löwenberg empfindlichen Schaden an. Das Hagelwetter verursachte an den Erntefeldern und Wäldern großen Schaden. Zahlreiche Blitzschläge zündeten. Ein großes Bauerngut brannte nieder. In Löwenberg wurden große Löcher in den Eisenbahndamm gerissen. Die Telephonleitungen sind zerstört.

Eine Windhose richtete am 1. August in Waldhoeckelheim großen Schaden an. Viele Dächer wurden abgedeckt, Fensterscheiben zertrümmert und beladene Wagen umgeworfen. Der in der Landwirtschaft angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Zur Rosenthalschen Mordaffäre.

Von bekannten Bürgern in Neuyork ist eine Massenversammlung einberufen worden, in der der Fall Rosenthal eingehend besprochen werden soll. Die Polizei fand in Lefty Louis in einem hinterlassenen Koffer den Revolver, mit dem der Mord ausgeführt worden ist.

Automobilunfälle.

In Ixhenhoe rannte das Automobil des Cafétiers Wender bei Kohsenbeck gegen eine Eisenbahnbarriere. Der Führer des Wagens, der Berliner Cafehausbesitzer Alfred Wender, erlitt lebensgefährliche Verletzungen am Kopfe und eine schwere Gehirnerschütterung. Sein Zustand ist besorgniserregend. Die anderen Mitfahrenden, zwei Gutsbesitzer aus Waken, wurden an der Stirn schwer und ein Kunstgewerbeschüler aus Hamburg leicht verletzt.

Das Postautomobil der Linie Roth-Windsbach ist in der Nähe von Hergerbach infolge Bruches der Steuerung gegen einen Baum und in den Straßengraben gefahren. Das Automobil wurde stark beschädigt. Mehrere Passagiere wurden teils schwer, teils leicht verletzt.

Große Kälte in Neuyork.

Daily Telegraph meldet aus Neuyork: Ein ganz außergewöhnlicher Temperatursturz hat in Neuyork und den östlichen Staaten stattgefunden. Die Abkühlung ist eine äußerst empfindliche. In vielen Bezirken ist Schneefall eingetreten. In Pennsylvanien haben die Schneefälle großen Schaden angerichtet in den Kulturen. In Neuyork tragen die meisten Leute Ueberzieher, um sich gegen die Kälte zu schützen.

Aus Nordlands Eisregion.

Der Polarforscher Iversen ist, aus Christiania kommend, an Bord des Dampfers Königin Maud in Kopenhagen eingetroffen. Er erzählte, daß er sich schon lange mit dem Gedanken vertraut gemacht habe, im Eise zu sterben. Durch die von ihm aufgefundenen Berichte des Forschers Milius Erikson hat Iversen feststellen können, daß der Peary-Kanal kein Kanal, sondern eine Bucht ist und im Norden größerer Landmassen liegt, die man bisher für eine Insel angesehen hat. Furchtbare Leiden hatte der Forscher bei Durchquerung des Inlandeises auszustehen, oft waren sie vor Hunger und Erschöpfung dem Tode nahe. Monatelang hatten sie täglich nur ein halbes Pfund Fleisch zu essen.

Kleines Allerlei. Großfeuer. Ein Großfeuer zerstörte das Eiderfährhaus der Firma Annen in Friedrichstadt a. d. Eider. Die Entstehung des Brandes wird auf Selbstentzündung von Heu zurückgeführt. Der Schaden, den das Feuer angerichtet hat, ist sehr beträchtlich. — In Böhmisch-Chamnitz ist die Fuchsische Papierfabrik völlig niedergebrannt. Der angerichtete Schaden ist bedeutend, aber teilweise durch Versicherung gedeckt. — Raubüberfall. In Ober-Bolitz an der sächsisch-böhmischen Grenze ist die Gattin des Formers Seidel aus Chemnitz i. S. in ihrer Wohnung überfallen, geknebelt und beraubt worden. Ueber den Täter herrscht völliges Dunkel. — Leichenfund. Eine in einen Sack genähte Knabenleiche mit durchschnittenem Halse wurde, wie aus Posen gemeldet wird, aus einem See gezogen. — Mit 20 000 Mark geflüchtet. In Winterberg im Westerwald wurde der Führer der Heilsarmee, Schun, mit 20 000 Mark flüchtig. Er hat die Kriegskasse der Heilsarmee mitgenommen. — Zum Tode verurteilt. Wie aus Limoges berichtet, wurden von dem dortigen Gericht die Mörder von Chalus zum Tode resp. lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. — Als 15. Opfer der Binger Katastrophe ist das gerettete Frl. Aßmann aus Dresden, deren Mutter ertrunken ist, infolge einer Lungen- und Bauchfellentzündung, die sich als Folge des langen Aufenthalts im Wasser herausgestellt hat, gestorben. — Zugzusammenstoß. Am Sonnabend abend gegen 11,25 Uhr fuhr der von Tilsit nach Insterburg fahrende Personenzug infolge falscher Einfahrtsstellung auf einen Güterzug. Infolge des heftigen Zusammenstoßes wurden der Lokomotivführer des Personenzuges sowie vier Reisende verletzt. — Elternmord. In St. Croix bei Yverdon tötete der 19jährige Henry Claire, der älteste von vier Geschwistern, seine Eltern durch Revolverschüsse. Er hat die schreckliche Tat wahrscheinlich in plötzlicher geistiger Umnachtung begangen. Der Mörder stellte sich selbst der Polizei. — Explosionskatastrophe. In der Notendruckerei der Reichsbank in Stockholm erfolgte eine Explosion von Feuerwerkskörpern. Das Innere des Raumes wurde vollständig verwüstet. Drei Personen erlitten lebensgefährliche Verletzungen. — Zur Mona Lisa-Angelegenheit. Der Engländer, der auf der englischen Botschaft in Paris ein Gemälde überbrachte, das angeblich die Giovonda darstellte, hat nunmehr erklärt, das Bild in London vor einiger Zeit für 2756 Fr. erworben zu haben. — Eine seltsame Operation. In einem Hospital in Neuyork wurde eine gewagte Operation an dem Arbeiter Nielsen vorgenommen. Diesem war eine Schlagader geplatzt. Die Aerzte umwickelten die Ader mit 11 Meter langem Golddraht. Die Operation ist gelungen, der Patient befindet sich jetzt außer Gefahr.

Literarisches.

Das Münchner Künstler-Theater hat zwei reich illustrierte Festschriften, in künstlerisch vornehmer Ausstattung auf Kunstdruckpapier hergestellt, herausgegeben. Die erste Festschrift umfaßt zwölf Seiten und behandelt in Wort und 16 Illustrationen das Calderonsche Festspiel Circe, mit dem die diesjährige Saison des Münchner Künstler-Theaters eröffnet wurde. Die zweite Festschrift ist Offenbachs Orpheus in der Unterwelt und Kismet gewidmet, ist 24 Seiten stark und enthält 46 Illustrationen aus Orpheus und Kismet. Diese zweite Festschrift bringt Originalbeiträge von Direktor Gustav Charle, Jos. M. Zurinek, Max Wallenberg, Fritzi Massary, Emil Lind, Ellen Richter, Elinor Büller, Annie Rosar und Erich Zettl. Die in jeder Beziehung künstlerisch vornehm ausgestatteten Festschriften sind von Interessenten von der Direktion des Münchner Künstler-Theaters kostenlos zu beziehen.

In den Fabriken, Werkstätten, Kontoren
muß jeder Genosse
neue Leser für das Volksblatt werben!

Kufeke
-Kindernahrung
-Krankenkost
Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191208 06-15/fragment/page=0008